

Geschäftsbericht 2014

VR Bank Kitzingen eG



Inhaltsverzeichnis

Mehr ist nicht immer besser – Verschärfung der regulatorischen Rahmenbedingungen	2
Konjunkturanalyse für Mainfranken	4
Mitgliederförderbericht	6
Mehrwert für unsere Mitglieder	7
Die wirtschaftlichen Chancen der Energiewende nutzen – Gastbeitrag von Prof. Dr. Claudia Kemfert	8
Anforderungen an Aufsichtsräte	10
Bericht des Vorstandes	12
Bericht des Aufsichtsrates	15
Jahresabschluss	16
Lagebericht	19

Mehr ist nicht immer besser

Verschärfung der regulatorischen Rahmenbedingungen

Die rechtlichen Rahmenbedingungen für Banken sind seit der Finanzkrise deutlich verschärft worden; dies gilt auch für Genossenschaftsbanken, wenngleich diese keinerlei Anlass hierfür gegeben hatten, sondern in der Krise ein Stabilitätsanker waren. Die nationale Finanzmarktpolitik stand in der zweiten Hälfte 2013 und mit dem Beginn des Jahres 2014 ganz im Zeichen der Neuordnung der Bundesregierung. Mit der Wiederernennung von Dr. Wolfgang Schäuble zum Bundesfinanzminister setzt die neue Regierung weiterhin auf eine starke Persönlichkeit, die in den europäischen Verhandlungen ein zentraler Impulsgeber ist. Die wichtigste Arbeitsgrundlage für die nächsten Jahre bildet der Koalitionsvertrag zwischen CDU, CSU und SPD, der am 15. Dezember 2013 unterzeichnet wurde.

Positiv zu bewerten ist, dass die Regierungspartner sich für die Berücksichtigung der Besonderheiten des dreigliedrigen Bankensystems mit mehrfacher Nennung der genossenschaftlichen Banken im Koalitionsvertrag einsetzen wollen. Die Koalition erkennt ausdrücklich die wichtige Rolle dezentraler Kreditinstitute für die Finanzmarktstabilität und die Mittelstandsfinanzierung an, denn Deutschland ist das beste Beispiel hierfür. Zudem betonen die Koalitionäre die Sicherheit der Spareinlagen, die auch im Kontext der Bankenunion erhalten bleiben muss. Die von der Politik erteilte klare Absage an eine Vergemeinschaftung der Einlagensicherung auf EU-Ebene ist zu begrüßen. Volksbanken und Raiffeisenbanken hatten vehement gefordert, dass die Einlagensicherung im Interesse ihrer Kunden national bleiben muss.

Der Finanzverbraucherschutz ist differenziert zu sehen. Zu häufig werden Maßnahmen als Verbraucherschutz deklariert, ohne dass der Kundennutzen klar ist. Zugleich entstehen aber hohe Kosten. Für Dispo-kredite soll es weiterhin keine gesetzliche Zinsobergrenze geben, aber der nun vorgesehene Warnhinweis beim Übertritt in den Kredit ist in der rechtlichen und technischen Umsetzung vor Ort aufwendig. Unabhängig hiervon sollen nach Willen der Koalitionäre die Verbraucherorganisationen mit einer speziellen „Marktwächterfunktion Finanzmarkt“ beauftragt werden. Eine solche Marktwächterfunktion sollte – wenn sie als notwendig erachtet wird – nur von Behörden mit hoheitlichem Auftrag wie der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungen (BaFin) wahrgenommen werden, nicht dagegen von Verbraucherorganisationen,

die zugleich Interessenvertreter sind. Die noch in der Diskussion befindliche Finanztransaktionssteuer ist abzulehnen, wenngleich die geplanten Einschränkungen („Auswirkungen der Steuer auf Instrumente der Altersvorsorge, auf die kleinen Anleger sowie die Realwirtschaft bewerten und negative Folgen vermeiden“) in die richtige Richtung gehen. Am Ende bleibt die Gefahr, dass breite Bevölkerungsschichten und lokal/regional tätige Banken, wie die Genossenschaftsbanken finanziell und administrativ erheblich belastet werden, während zugleich Kapitalmarktgeschäfte, die man eigentlich treffen wollte, an andere Finanzmärkte abwandern. Die europäische Ebene spielt seit Jahren eine entscheidende Rolle in der Bankenregulierung. Hier waren und sind in den letzten Jahren mehr als 20 Gesetzesvorhaben für den Bankenbereich verabschiedet worden. Im Mittelpunkt steht die Schaffung einer europäischen Bankenunion (einheitliche Bankenaufsicht, gemeinsamer Abwicklungsmechanismus mit -fonds für Banken und harmonisierte Einlagensicherung).

Die Bankenunion kann vertrauensbildend wirken, vor allem in Südeuropa, aber sie ist zugleich das größte politische Projekt nach Einführung des Euro und naturgemäß auch mit Risiken verbunden. Die Bankenaufsicht über rund 130 Kreditinstitute der Eurozone wird ab Ende 2014 von der Europäischen Zentralbank (EZB) einheitlich wahrgenommen werden. Zuvor wird eine Bilanzprüfung mit Stresstest („Comprehensive Assessment“) bei diesen Banken stattfinden. Die EZB muss diesen Test glaubwürdig gestalten, sie darf aber nicht neue Instabilitäten im Bankensektor auslösen, wenn etwa hohe Kapitalbedarfe bei Banken entstünden, die nicht lösbar wären.

Außerdem müssen die Beurteilungsmaßstäbe in allen europäischen Ländern vergleichbar ausfallen. Die Volksbanken und Raiffeisenbanken werden „indirekt“ von der EZB beaufsichtigt, d.h. diese gibt Leitlinien für die Ausübung der Aufsicht durch die nationalen Behörden (in Deutschland durch die BaFin) und kann bei Bedarf auch die Aufsicht über ein Institut direkt an sich ziehen.

Im Rahmen des einheitlichen Abwicklungsmechanismus (SRM) sollen künftig alle Banken innerhalb der Bankenunion die Abwicklung maroder Wettbewerber über ihre Einzahlung in einen gemeinsamen Fonds mitfinanzieren. Damit wird eine Haftung für fremde Ri-

Politische Rahmenbedingungen



siken begründet, die in einem marktwirtschaftlichen System nicht unproblematisch ist. Die Volksbanken und Raiffeisenbanken fordern eine konsequente risikoorientierte Beitragsregelung zum Abwicklungsfonds, denn nur so lässt sich Beitragsgerechtigkeit und Akzeptanz erreichen. Risikoarme und an der Realwirtschaft ausgerichtete Geschäftsmodelle wie diejenigen der Genossenschaftsbanken dürfen nicht unverhältnismäßig belastet werden.

Die EU-Richtlinie zur Einlagensicherung steht künftig im Kontext der Bankenunion. Die bewährte Institutsicherung des BVR wird als eine Form des Einlagenschutzes anerkannt. Die von der Richtlinie geforderte Fondshöhe von 0,8 % der gedeckten Einlagen ist für die genossenschaftliche FinanzGruppe gut einhaltbar. Genossenschaftsbanken werden ihren Kunden auch weiterhin mit einem umfassenden Schutz ihrer eingeleigten Gelder zur Verfügung stehen und die 80-jährige Erfolgsgeschichte der Institutsicherung fortführen.

Im Januar 2014 wurde zwischen den Gesetzgebungsorganen der EU eine Einigung hinsichtlich der Überarbeitung der EU-Finanzmarktrichtlinie MiFID I erzielt, die seit November 2007 in Kraft ist und als „Grundgesetz“ des Wertpapierhandels den regulatorischen Rahmen für die Erbringung von Wertpapierdienstleistungen in der EU bildet. Mit den Neuregelungen will der europäische Gesetzgeber den Anlegerschutz verbessern und auf eingetretene Änderungen auf den Finanzmärkten reagieren. Dabei bleibt in der MiFID II die Wahlmöglichkeit des Kunden zwischen provisionsbasierter Anlageberatung und Honorarberatung erhalten, was zu begrüßen ist. Bei telefonisch erteilten Wertpa-

pierorders soll künftig eine Sprachaufzeichnungspflicht eingeführt werden. Die Europäische Wertpapier- und Marktaufsichtsbehörde, ESMA, soll darüber hinaus in den Markt eingreifen und den Verkauf bestimmter Produkte einschränken oder gar verbieten können.

Insgesamt kann die in Umfang und Intensität beispiellose Regulierung von Banken seit Ausbruch der Finanzkrise nicht wie bisher fortgesetzt werden, will man Nachteile für die Realwirtschaft vermeiden. Genossenschaftsbanken, die zu keiner Zeit staatliche Hilfe in Anspruch genommen hatten, dürfen mit Regulierung und Aufsicht nicht überfordert werden, indem man sie ähnlich wie international tätige Großbanken behandelt. Ausreichende Differenzierungen und Proportionalität in den Vorgehensweisen sind essentiell für eine angemessene Regulierung. Die zusätzliche Regulierung verursacht erhebliche Komplexität und Kosten, die sich auch im Jahresergebnis niederschlagen und für unsere Mitglieder relevant sind.

Wir fordern die deutsche und europäische Politik auf, jede Maßnahme in einem angemessenen Verhältnis zur Bedeutung des Instituts für das Finanzsystem, zu Art und Umfang der Geschäfte sowie zur Risikolage und der Qualität des Risikomanagements zu gestalten. Deutschland und Europa profitieren ganz erheblich von der Vielfalt im Bankensektor, denn Vielfalt schafft für die Kunden Wahlmöglichkeit, gewährleistet Wettbewerb und sorgt für mehr Stabilität. Genossenschaftsbanken sehen sich vor allem den Menschen in ihrer Region verbunden. Daran darf sich auch in Zukunft nichts ändern.

Konjunkturanalyse für Mainfranken

Die IHK-Konjunkturanalyse spiegelt das aktuelle Stimmungsbild von Industrie, Bauwirtschaft, Großhandel, Einzelhandel, Dienstleistungen und Tourismuswirtschaft zum Jahresbeginn 2015 wider.

Auf den ersten Blick hat sich das mainfränkische Konjunkturklima seit Herbst 2014 nur geringfügig verändert. Der IHK-Konjunkturklimaindikator liegt mit 112,2 Punkten nur 0,7 Punkte unter dem Wert der Herbstumfrage. Was zunächst eher unspektakulär klingt, ist angesichts der schwachen wirtschaftlichen Entwicklung innerhalb der Eurozone, nach wie vor bestehender geopolitischer Risiken und Konflikte sowie einer Reihe nationaler wirtschaftspolitischer Baustellen, eine bemerkenswert gute Bilanz. Die aktuelle Geschäftslage der befragten mainfränkischen Betriebe befindet sich auch zum Jahreswechsel 2014/2015 auf einem hohen Niveau. Insgesamt beurteilen neun von zehn befragten Betrieben zu Jahresbeginn 2015 die Lage als befriedigend oder gut. Diese Werte zeigen, dass sich die regionale Wirtschaft in einem angespannten gesamtwirtschaftlichen Umfeld wacker schlägt.

Die Gründe für die positiven Lageeinschätzungen sind vielfältig. So hat sich der private Konsum trotz zahlreicher globaler Risiken und einer wachsenden Verunsicherung im Wirtschaftskreislauf bislang als konjunktureller Stabilitätsanker erwiesen und damit ein deutliches Abrutschen der Konjunktur verhindert. Die Basis hierfür legt der krisenfeste regionale Arbeitsmarkt. Die Arbeitslosenquote in Mainfranken lag zum Stichtag Mitte Dezember 2014 bei 3,2 %.

Darüber hinaus fördert das seit Monaten niedrige Preis- und Zinsniveau das Konsumverhalten der Verbraucher. Besonders hervorzuheben ist der starke Rückgang des Ölpreises. Dieser ist von 107,3 Euro (20.06.2014) auf 45,9 Euro je Barrel Rohöl (13.01.2015) gesunken und wirkt damit wie ein Konjunkturpaket für Verbraucher und Betriebe. Hinzu kommt die vorübergehende Schwäche des Euro. Der schwache Eurokurs begünstigt das Exportgeschäft außerhalb der Eurozone.

In diesem Zusammenhang erweist sich die derzeitige günstige konjunkturelle Entwicklung in den USA und mit Abstrichen auch in China als Impulsgeber für den wechselhaften Außenhandel. Die Entwicklung ist jedoch nicht frei von Risiken. Die schwachen Wachstumsraten des BIP im zweiten und dritten Quartal des Vorjahres haben gezeigt, dass die Dynamik der Konjunkturentwicklung – trotz eines versöhnlichen Schlussquartals – zuletzt deutlich gebremst wurde. Die Geschäftserwartungen haben sich im Vergleich zur Herbstumfrage zwar leicht verbessert, fallen jedoch weiterhin schlechter aus als die Lageeinschätzungen.

Ein wesentlicher Grund hierfür ist die anhaltende Nachfrageschwäche in der Eurozone, die das Exportgeschäft der mainfränkischen Industriebetriebe belastet. Es bleibt außerdem abzuwarten, welche Wirkung der Aus-

Konjunkturklimaindikator⁽¹⁾ für Mainfranken – Jahresbeginn 2015



gang der Wahlen in Griechenland sowie die expansive Ausrichtung der EZB auf die Konjunkturentwicklung hierzulande hat.

Gleichzeitig haben geopolitische Konflikte, Risiken, Seuchen und Terror zu einer Verunsicherung der Wirtschaftssubjekte geführt. Dies kann umso mehr zum Problem werden, wenn hierdurch die Investitionsbereitschaft der Unternehmen zurückgeht. Es ist daher eine zentrale Aufgabe der Bundesregierung, günstige Rahmenbedingungen für mehr Investitionen am Industriestandort Deutschland zu schaffen.

Hier drückt jedoch an einigen Stellen der Schuh. Nach einer aktuellen Studie des Deutschen Industrie- und Handelskammertages (DIHK) berichtet jedes zweite Industrieunternehmen von konkreten Investitionshemmnissen (u. a. steuerliche Aspekte, Abschreibungsbedingungen, Fachkräftemangel) am Standort Deutschland. Fazit: Bei der Gegenüberstellung der positiven Entwicklungen, der Risiken und Herausforderungen kann festgehalten werden, dass sich die mainfränkische Wirtschaft zu Jahresbeginn 2015, einem schwierigen gesamtwirtschaftlichen Umfeld zum Trotz, in einer guten Verfassung befindet.

Geschäftslage

Die Geschäftslageeinschätzungen der mainfränkischen Wirtschaft befinden sich zu Jahresbeginn 2015, trotz leichter Eintrübung in den letzten beiden Befragungszeiträumen, weiterhin auf hohem Niveau. Insgesamt bewerten rund 36,3 % der Betriebe die aktuelle Lage als gut und 53,6 % als befriedigend. Die überwiegend positiven Beurteilung des Auftragsvolumens sowie die Einschätzungen zur aktuellen Kapazitätsauslastung bestätigen den positiven Trend. Als Gründe hierfür sind das günstige Konsumklima, der stabile Arbeitsmarkt, die erfreuliche Exportentwicklung in die USA sowie der niedrige Rohölpreis zu nennen.

Geschäftserwartung

Der Optimismus der mainfränkischen Betriebe hat zu Jahresbeginn 2015 hinsichtlich der Geschäftsentwicklung in den kommenden Monaten gegenüber der Herbstumfrage leicht zugenommen. Damit wurde der negative Trend, der seit Frühjahr 2014 eingesetzt hat, gestoppt. Die optimistischen (18,4 %) und pessimistischen Urteile (18,7 %) halten sich weiterhin nahezu die Waage. Der Ausblick ist allerdings nicht frei von Risiken. Neben der schwachen Konjunkturentwicklung in Europa, einer erhöhten Verunsicherung aufgrund geo-

politischer Konflikte und zunehmender Terrorgefahr, entwickeln sich auch diverse wirtschaftspolitische Maßnahmen hierzulande (u.a. Mindestlohn, Rente mit 63) zur Herausforderung für zahlreiche Betriebe.

Exporterswartung

Der Außenhandel war im zurückliegenden Jahr deutlichen Schwankungen unterlegen. Dies belegt die regelmäßige Ausfuhrstatistik des Statistischen Bundesamtes. Während sich die Exporte in die Eurozone aufgrund der strukturellen Probleme der Länder als schwach erwiesen und die Ausfuhren nach Russland stark eingebrochen sind, liefen die Geschäfte mit Handelspartnern im nordamerikanischen Wirtschaftsraum – und mit Abstrichen auch in Asien – zuletzt erfreulich gut. Die Unternehmen gehen mehrheitlich davon aus, dass sich das unbeständige Muster auch in den kommenden Monaten fortsetzen wird.

Beschäftigungspläne

Der mainfränkische Beschäftigungssaldo ist zu Jahresbeginn 2015 gegenüber Herbst 2014 von plus 0,7 auf minus 4,9 Prozentpunkte gesunken. Insgesamt planen 13,3 % der Betriebe eine Ausweitung und 18,2 % eine Reduktion des Personalbestandes. Mit 68,5 % berichtet der größte Teil der befragten Betriebe von einem gleichbleibenden Beschäftigungsniveau in den kommenden Monaten. Allerdings sehen sich zahlreiche Betriebe angesichts des derzeit nahezu leergefegten mainfränkischen Arbeitsmarktes und der demographischen Entwicklung mit dem Problem der Fachkräftesicherung konfrontiert. Konkret berichten hiervon rund 40 % der befragten mainfränkischen Unternehmen.

Investitionspläne

Das Investitionsklima in der mainfränkischen Wirtschaft hat sich zu Jahresbeginn 2015 kaum gegenüber der Herbstbefragung verändert. Derzeit berichten 25,7 % von expansiven, 43,2 % von gleichbleibenden und 14,9 % von reduzierten Investitionsplänen. Keine Investitionspläne melden 16,2 % der befragten Betriebe. Die Tatsache, dass der Anteil an expansiven Investitionsplänen die restriktiven Meldungen übersteigt, ist grundsätzlich positiv zu bewerten und deutet an, dass sich die Verunsicherung der Wirtschaft aus dem Vorjahr nicht weiter ausgebreitet hat.

Veröffentlichung mit freundlicher Genehmigung der
IHK Würzburg-Schweinfurt (Konjunkturanalyse für Mainfranken Jahresbeginn 2015 – Stand 01 / 2015)

Mitgliederförderbericht

Unsere Bank ist dem Ziel, eine Mitgliederbank zu werden, im Jahr 2014 näher gekommen. Zum Jahresende waren über 22.000 Menschen Eigentümer der VR Bank Kitzingen eG.

Das Geschäftsjahr 2014 stand im Zeichen der Mitgliedschaft. 2.503 Menschen sind im Jahr 2014 Mitglied unserer Genossenschaft geworden. Die Zahl der Eigentümer der VR Bank ist damit auf 22.149 gestiegen.

Schon heute machen wir 90 % unserer Bankgeschäfte bei Einlagen und Krediten mit Mitgliedern unserer Bank. Ab dem Jahr 2017 werden wir ausschließlich Geschäfte mit Mitgliedern machen.

Unser Leitbild

Drei Sätze bringen auf den Punkt, was das Bankgeschäft in einer Genossenschaft ausmacht:

- 1. Unsere Genossenschaft steht in einem fairen Leistungsaustausch mit ihren Mitgliedern.*
- 2. Wir erwirtschaften so viel Gewinn wie nötig und nicht so viel wie möglich.*
- 3. Unsere Mitglieder bekommen Leistungen, die sie wirtschaftlich unterstützen.*

Unsere Genossenschaft unterstützt die Mitglieder, wirtschaftlich bei ihren Geschäften. Gleichzeitig erwarten sie, dass wir ein leistungsfähiges Unternehmen sind und bleiben. Darum stellen wir durch Gewinne die stetige Fortentwicklung des Unternehmens sicher.

VR-Mitgliederkonten

Die Einführung der gebührenfreien Girokonten ist ein Erfolg. Ende 2014 erfüllten über 8.000 private Girokonten die Voraussetzungen für eine gebührenfreie Kontoführung.

Basierend auf dem Prinzip des gegenseitigen Austauschs von Leistungen bestimmen unsere Mitglieder über den Umfang der Leistungen, die sie rund um den Zahlungsverkehr ohne Gebühr in Anspruch nehmen möchten.

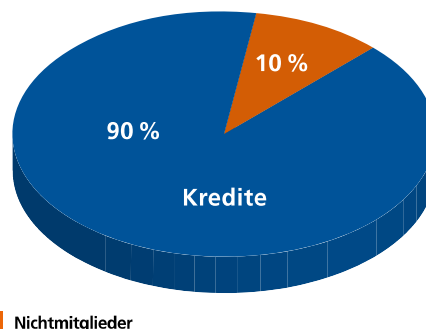
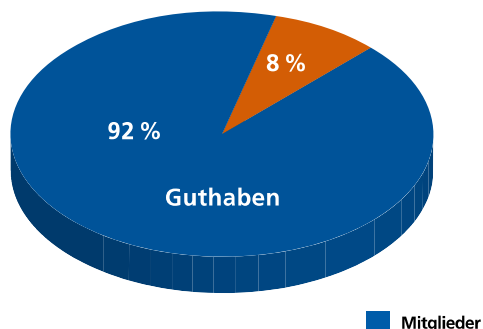
Mit den entsprechenden Genossenschaftsanteilen ist es möglich, mehr Leistungen im Zahlungsverkehr zu beanspruchen. Das bringt unter dem Strich deutliche Kostenvorteile für die Mitglieder mit sich.

Bonus und Dividende

Auch als Geldanlage lohnt sich die Mitgliedschaft für unsere Teilhaber: Es ist vorgesehen, den Mitgliedern 550.000 Euro Bonus und Dividende gutzuschreiben.

Die Genehmigung der Vertreterversammlung vorausgesetzt, erhält jedes Mitglied eine Dividende in Höhe von 5 % auf den ersten Geschäftsanteil. Außerdem wird für den voll einbezahlten ersten Geschäftsanteil ein Betrag von 5 Euro in einen Beteiligungsfonds gestellt.

Aufteilung von Guthaben und Krediten



■ Mitglieder

■ Nichtmitglieder

Mehrwert für unsere Mitglieder

Unsere Mitglieder profitieren nicht nur von unserer finanziellen Förderung. Wir bieten ihnen im Jahresverlauf auch verschiedene Veranstaltungen: Vorträge mit namhaften Referenten, Konzerte oder den VR-BonusLauf.

31. März 2014: „Wert der Genossenschaften für unsere Gesellschaft“

Prof. Dr. Dr. Udo Di Fabio sprach im Frühjahr in Detelbach zum Thema „Wert der Genossenschaften für unsere Gesellschaft“. Der Universitätsprofessor und ehemalige Richter am Bundesverfassungsgericht demonstrierte zu Beginn die geringe Medienpräsenz der Unternehmensform Genossenschaft. Dies führt zu einem geringen Ansehen.

Daran anschließend verdeutlichte er die Bedeutung von Genossenschaften für die Gesellschaft und den Markt. Durch deren Grundsätze der Eigenverantwortung und Hilfe zur Selbsthilfe sei kein Eingreifen des Staates im Krisenfall notwendig. Zum Schluss stellte er fest, dass unsere Demokratie diese Art von solidem Wirtschaften erst wieder lernen müsse.

Durch den Abend führte Ralf Winter, Leiter Vertrieb bei unserem Versicherungspartner Allianz.



V. links n. rechts: Vorstand Roland Köppel, Ralf Winter, Prof. Dr. Dr. Udo Di Fabio, Vorstand Peter Siegel.

07. Juni 2014: VR Bank Kitzingen BonusLauf

„Gemeinsam etwas erreichen!“ Unter diesem Motto gingen im Rahmen des Stadtfestes die Teilnehmer des VR-BonusLaufs auf die rund 5 km lange Laufstrecke. 4.837 Teilnehmer von 0 bis über 80 Jahre liefen, wanderten oder fuhren (im Kinderwagen) bei sonnigem Wetter für die Vereinsprämie. Jeder Läufer konnte für seinen Verein oder Institution 10 Euro erlaufen. Bis zu

50 Teilnehmer können für eine Gemeinschaft an den Start gehen und die Gemeinschaftskasse aufbessern.



Mit 4.837 Läufer/-innen wurde beim BonusLauf 2014 erneut eine Rekordbeteiligung erreicht.

06. Oktober 2014: „Klassik und Finanzen“

Ein Mix aus Konzert und Vortrag erwartete unsere Gäste bei der Reihe „Klassik & Finanzen“ in der Karl-Knauf-Halle in Iphofen. Durch den musikalischen Teil des Abends führte der Kitzinger Geigenvirtuose und Komponist Florian Meierott. Er wurde von Angelika Mutterer am Klavier begleitet. Der Vortrag „Zwischen Inflation und Deflation – Finanzierung und Geldanlage in zinslosen Zeiten“ wurde von Stefan Riße gehalten. Der Finanzexperte und TV-Moderator ging unterhaltsam und gut verständlich auf die aktuelle Situation an den internationalen Geld- und Kapitalmärkten ein.



V. links n. rechts: Vorstand Peter Siegel, Florian Meierott, Angelika Mutterer, Stefan Riße, Vorstand Roland Köppel.

Die wirtschaftlichen Chancen der Energiewende nutzen

Ein Gastbeitrag von Prof. Dr. Claudia Kemfert

Die Energiewende hat derzeit ein massives Image-Problem: sie sei zu teuer, zu ineffizient, führe zu Blackouts, hoch subventionierter Strom wird angeblich ins Ausland verschenkt und die Strompreise werden unbezahlbar. Was ist passiert? Die Herausforderungen der Energiewende sind in der Tat gewaltig. Dennoch ist auffällig, dass nur noch ihre negativen Aspekte kommuniziert werden, Vorteile werden verschwiegen. Es gibt zahlreiche Mythen, die permanent Verbreitung finden und zum Ziel haben, die Energiewende aufzuhalten. Kann dies gelingen?

Deutschland hat zum Ziel, den Anteil erneuerbarer Energien von heute etwa 28 % bis zum Jahre 2050 auf 80 % zu erhöhen. Bis zum Jahre 2022 werden die restlichen Atomkraftwerke, die vor allem im Süden Deutschlands im Einsatz sind, abgeschaltet. Außerdem geht es darum, die Energieeffizienz im Gebäudeenergiebereich zu verbessern und die Mobilität auf Nachhaltigkeit umzustellen. Die Energiewende soll somit zu einer dauerhaft nachhaltigen Energieversorgung führen.

Die Stromerzeugungsstrukturen werden sich stark verändern, hin zu mehr dezentralen Energieversorgungsstrukturen, in denen erneuerbare Energien, Kraft-Wärme-Kopplungsanlagen und intelligente Verteilnetze sowie Speicherlösungen ineinander verzahnt werden. Dazu bedarf es auch eines effektiven Lastmanagements, welches Angebot und Nachfrage gut aufeinander abstimmt. All diese Entwicklungen werden enorme Innovationen hervorbringen, durch Investitionen wer-

den Zukunftsmärkte erschlossen.

Derzeit gibt es allerdings massive Überkapazitäten durch alte Kohle- und Atomkraftwerke sowie phasenweise erneuerbare Energien. Durch die Überkapazitäten sinkt der Strompreis an der Börse, Strom wird exportiert. Nur ein sehr geringer Teil des Stroms wird tatsächlich zu negativen Preisen „verschenkt“, im Jahre 2012 waren es gerade einmal 0,03 % des Stromangebots. Dennoch haben das Überangebot und der niedrige Börsenpreis Folgen: Die Wirtschaftlichkeit konventioneller Kraftwerke wird geschmälert. Aus diesem Grund und aufgrund der Tatsache, dass die CO₂-Preise sich auf einem historisch niedrigen Niveau befinden, sind Braunkohlekraftwerke derzeit sehr wirtschaftlich. Daher steigen gegenwärtig der Einsatz von Braunkohlekraftwerken und mit ihm die Treibhausgasemissionen an.

Um die Ziele der Energiewende umzusetzen, muss nach dem Atomausstieg nun allerdings der Kohleausstieg folgen. Schon heute können zahlreiche alte, ineffiziente Kohlekraftwerke in Regionen mit Überkapazitäten vom Netz genommen werden. Es ist allerdings ebenso dringend notwendig, dass der Emissionsrechtehandel in Europa repariert und die überschüssigen Emissionszertifikate von über 2 Mrd. Tonnen CO₂ dauerhaft aus dem Markt entfernt werden. Der Emissionsrechtehandel krankt noch immer an zu hohen Zuteilungen der Emissionszertifikate in den Anfangsjahren, dem wirtschaftlichen Einbruch und der statischen Festlegung von Emissionsminderungszielen sowie der Zunahme



© Foto: Daniel Morsey

Prof. Dr. Claudia Kemfert leitet seit April 2004 die Abteilung Energie, Verkehr, Umwelt am Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung (DIW Berlin) und ist seit April 2009 Professorin für Energieökonomie und Nachhaltigkeit an der Hertie School of Governance (HSoG).

Sie ist Wirtschaftsexpertin auf den Gebieten Energieforschung und Klimaschutz. Ihre Forschungsergebnisse publiziert sie in hochrangigen wissenschaftlichen Fachjournalen.

Darüber erschienen von ihr die Bücher „Die andere Klima-Zukunft – Innovation statt Depression“ und „Kampf um Strom“.

von zusätzlichen Zertifikaten aus dem Ausland.

Aus diesem Grund ist es notwendig, dass sich die europäischen Staaten rasch einigen, überschüssige Zertifikate dauerhaft aus dem Markt zu entfernen. Leider stimmen diesem Vorhaben voraussichtlich nicht alle EU-Länder zu. Derzeit ist geplant, dass die überschüssigen Zertifikate in einer Höhe von 900 Millionen CO₂ nur kurzfristig aus dem Markt entfernt und diesem im Jahre 2019 wieder zugeführt werden.

Auf den ohnehin sehr niedrigen CO₂-Preis werden diese Maßnahmen vermutlich nur wenig Einfluss haben, er wird voraussichtlich niedrig bleiben. Somit fehlt es an geeigneten Marktsignalen zur Verteuerung von CO₂. Wenn der Emissionsrechtehandel nicht dauerhaft repariert werden kann, wäre es wünschenswert, über weitere Lösungen nachzudenken, die den Kohleausstieg in Deutschland in den kommenden Jahrzehnten ermöglichen. Denkbar sind ähnliche Vereinbarungen, wie man sie beim Atomausstieg getroffen hat, oder aber die Einführung von CO₂-Grenzwerten.

Erneuerbare Energien weisen hohe Volatilitäten auf. In Zeiten eines hohen Angebots erneuerbarer Energien reichen oftmals die Stromnetze nicht aus, um den überschüssigen Strom ins In- oder Ausland weiterzuleiten. Mit dem Ausbau der erneuerbaren Energien steigt der Bedarf an der Erweiterung, dem Ausbau und der Optimierung der Energienetze. Zum einen werden Stromnetze vom Norden Deutschlands in den Süden benötigt, um insbesondere den aus Offshore-Windanlagen erzeugten Strom in die Regionen zu transportieren, in denen Atom- und Kohlekraftwerke mehr und mehr abgeschaltet werden, demnach in den Westen und Süden der Republik. Zum anderen ist eine Erweiterung des europäischen Stromnetzes notwendig, insbesondere um geologische Vorteile bei der Stromproduktion aus erneuerbaren Energien auszuschöpfen, den Handel zu verbessern und eine Netzoptimierung herzustellen. Weiterhin werden intelligente Verteilnetze benötigt, die das volatile Stromangebot und die entsprechende Nachfrage optimieren. Neben der verstärkten Stromspeicherung spielt ebenso die Nachfragesteuerung eine wichtige Rolle. Beispielsweise könnten auch energieintensive Industrien ihr Nachfrageverhalten so steuern, dass sie besser kombinierbar mit einem immer volatiler werdenden Stromangebot durch den steigenden Anteil erneuerbarer Energien sind.

Mit dem zunehmenden Anteil erneuerbarer Energien ist es unerlässlich, dass mehr Speichermöglichkeiten geschaffen werden. Pumpspeicherkraftwerke sind derzeit allerdings die einzig wirtschaftliche Form der Stromspeicherung. Da die Optionen für Pumpspeicher-

kraftwerke in Deutschland begrenzt sind, ist der deutsche Strommarkt auf andere EU-Länder (Alpenregion, Skandinavien) angewiesen. Um auch diese Potenziale nutzen zu können, ist der Ausbau der Stromleitungen und Infrastruktur notwendig.

Zusätzlich sind völlig neue Formen der Stromspeicherung derzeit in der Forschungsphase. So können etwa Batterien von Elektrofahrzeugen als Speicher genutzt werden, wenn sie gleichzeitig die „Vehicle-to-grid“-Option umsetzen, also gespeicherten Strom zurück in das Netz einspeisen können. Dazu wäre allerdings ein Umbau der Infrastruktur notwendig. Auch neue Kraftstoffe taugen für die Energiespeicherung. In Spitzenangebotszeiten erneuerbarer Energien könnten Wasserstoff oder Methan produziert werden, etwa zum Einsatz in der Mobilität. Diese Form der Speicherung ist derzeit allerdings noch nicht wirtschaftlich. Bei steigenden Preisen für fossile Energien und sinkenden Kosten für erneuerbare Energien könnten diese innovativen Techniken allerdings in einigen Jahren zum Einsatz kommen.

Derzeit wird die Energiewende zu großen Anteilen von Privatpersonen getätigt, 50 % der gesamten Investitionen in erneuerbare Energien stammen daher. Vor allem steigt die Anzahl der Energiegenossenschaften rasant an, auch hier in der Region. Hierbei sind es die Bürger vor Ort, die investieren. Künftig wird es auch attraktiv sein, sich an dem Ausbau der Netze zu beteiligen – 5 % Rendite sind mehr als so manch andere Anlageform verspricht.

Neben Energiegenossenschaften und Privatinvestoren sind jedoch auch Großinvestoren für die Finanzierung der Energiewende notwendig. Verlässliche politische Rahmenbedingungen sind die entscheidende Voraussetzung für deren Einstieg. Die permanenten Forderungen nach der Abschaffung des EEG, der Strompreisbremsen, der Einführung von Tempolimits bei der Energiewende sind allesamt sehr kontraproduktiv.

Die Energiewende ist sehr viel besser als ihr Ruf. Sie hat vor allem ein Management- und Imageproblem. Es sind in der Tat beträchtliche Investitionen notwendig, die jedoch wiederum Wertschöpfung und Arbeitsplätze schaffen werden. Schon heute sind über 370.000 Menschen im Bereich der erneuerbaren Energien tätig, über 240.000 im Bereich der Energieeffizienz. Diese Anzahl kann durch eine kluge Energiewende weiter steigen.

Wir sollten uns auf die eigentlichen Ziele der Energiewende besinnen. Vor allem der Klimaschutz gerät immer mehr aus dem Blickwinkel. Die Energiewende bietet definitiv mehr wirtschaftliche Chancen als Risiken. Sie müssen nur genutzt werden.

Anforderungen an Aufsichtsräte

Der Basel-III-Prozess schuf nicht nur viele Neuregelungen im Bereich der klassischen Banksteuerung. Über die Richtlinie CRD IV fanden auch umfangreiche Vorgaben zur „guten Unternehmensführung“ (Corporate Governance) Eingang in das Kreditwesengesetz (KWG). Diese betreffen auch die Arbeit der Aufsichtsräte.

Sachkunde im Gesamtgremium

Mitglieder des Aufsichtsorgans müssen die erforderliche Sachkunde zur Wahrnehmung ihrer Kontrollfunktion haben. Bei der Prüfung, ob der Aufsichtsrat die erforderlichen Kenntnisse aufweist, hat die Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin) laut Gesetz allerdings den Umfang und die Komplexität der betriebenen Geschäfte zu berücksichtigen (§ 25d Abs. 1 KWG). In großen Banken wird hier ein anderer Maßstab anzulegen sein als bei kleinen Genossenschaftsbanken.

Fast ebenso bedeutsam ist für regional tätige Institute auch die Klarstellung des Gesetzgebers, wonach der Aufsichtsrat „in seiner Gesamtheit“ die Kenntnisse, Fähigkeiten und Erfahrungen mitbringen muss, die zur Erfüllung der Überwachungspflichten erforderlich sind. Ausdrücklich nicht gefordert ist also nach wie vor ein Aufsichtsorgan, in welchem jedes einzelne Mitglied über sämtliche Qualifikationen verfügt.

An dieser Stelle ist jedoch auch darauf hinzuweisen, dass die BaFin bei der Neubestellung von Aufsichtsratsmitgliedern zuletzt immer stärker auf eine gewisse Basisqualifikation geachtet hat – insbesondere in den Bereichen Bilanzierung, Risikomanagement sowie Bankaufsichtsrecht. Die eventuell notwendige Weiterbildung kann über den Besuch einschlägiger Seminare – z. B. bei der Akademie Bayerischer Genossenschaften – sichergestellt werden.

Proportionalitätsgrundsatz gilt auch für Überwachungspflichten

Die Auslegung der zahlreichen und zum Teil neuen Überwachungspflichten des Aufsichtsrats in § 25d Abs. 8 – 12 KWG war bis zuletzt strittig. Nach dem Wortlaut der aktuellen Fassung des Kreditwesengesetzes gelten Überwachungspflichten zunächst für die im Aufsichtsrat gebildeten KWG-Ausschüsse. Wie bereits oben erläutert, können Aufsichtsräte in Kreditgenossenschaften jedoch grundsätzlich von der Ausschussbildung absehen.

Hieraus den Schluss zu ziehen, dass die gesetzlichen Vorgaben zu den Überwachungspflichten insoweit völlig außer Betracht bleiben können, erscheint allerdings nicht als sachgerecht. Vielmehr haben Aufsichtsräte die aufsichtsrechtlichen Überwachungspflichten zu beachten – jedoch in abgestufter Form.

Dies folgt nicht zuletzt aus genossenschaftsrechtlichen, aufsichtsrechtlichen und satzungsmäßigen Vorgaben, die überwiegend schon bislang galten. Der Umfang der einzelnen Überwachungspflichten ist also letztlich abhängig von Größe, interner Organisation und Risikogehalt der Geschäfte der Bank.

Strategie, Risikomanagement und Vergütungssysteme

Das Gesetz sieht nunmehr ausdrücklich vor, dass der Aufsichtsrat die Geschäftsleiter auch im Hinblick auf die bankaufsichtsrechtlichen Regelungen zu überwachen hat (§ 25d Abs. 6 KWG). Dieser Anforderung kommt der Aufsichtsrat ohne weiteres wie bisher durch den Rückgriff auf die Berichte der internen Revision und der gesetzlichen Prüfung nach, indem er sich ein Urteil über die Einhaltung der aufsichtsrechtlichen Vorgaben bildet.

Strategie, Risiken

Darüber hinaus hat der Aufsichtsrat laut KWG über Strategie und Risiken der Bank zu beraten und deren Umsetzung zu überwachen (§ 25d Abs. 8 KWG). Die notwendige Erörterung kann anhand der Risiko- sowie Strategieberichte der Geschäftsleitung erfolgen und sollte auch berücksichtigen, ob bzw. inwieweit die gesteckten Ziele auch erreicht wurden.

Vorgesehen ist außerdem eine Prüfung, inwieweit gegebenenfalls durch das Vergütungssystem der Bank gesetzte Anreize die Risiko-, Kapital- und Liquiditätsstruktur des Unternehmens berücksichtigen. Dies kann letztlich über die Beteiligung des Aufsichtsrats an der



Beschlussfassung über den Gesamtbetrag der variablen Vergütung erfolgen (§§ 7, 15 InstVergV).

Rechnungslegung, Abschlussprüfung

Wie schon bislang beziehen sich die Überwachungsaufgaben des Aufsichtsrats insoweit auf den Rechnungslegungsprozess, die Wirksamkeit der Risikomanagementsystems, die Durchführung von Abschlussprüfungen und die Behebung eventueller Mängel (§ 25d Abs. 9 KWG). Weiterhin wird die Tätigkeit des Aufsichtsrats somit darin bestehen, insbesondere über eine Teilnahme am Eröffnungsgespräch sowie der Prüfungsschlussung bzw. einer Einsichtnahme in den Prüfungsbericht die Durchführung der Abschlussprüfung zu begleiten und zu überwachen.

Nominierung und Evaluierung

Eine besondere Herausforderung stellt die Umsetzung der neuen Vorgaben zur Evaluierung der Gremien dar.

Während der Auswahlprozess für Geschäftsleiter weitgehend unverändert ablaufen kann (vgl. § 25d Abs. 11 Nr. 1 KWG), sollte bei neuen Aufsichtsratsmitgliedern verstärkt Augenmerk auf eventuell fehlende Qualifikationen gelegt werden (die gegebenenfalls nachzuholen wären). Auch können nicht vertretene wichtige Branchen ein Auswahlkriterium sein.

Die in § 25d Abs. 11 Nr. 3 und 4 KWG verlangte Evaluierung des Aufsichtsrats kann für nicht bedeutende Institute dahingehend durchgeführt werden, dass für das Gesamtgremium im Rahmen einer Selbstprüfung zu klären ist, inwieweit der Aufsichtsrat seinen Aufgaben (z. B. im abgelaufenen Jahr) nachkommen konnte. Die ebenfalls im Gesetz genannte Selbstprüfung im Hin-

blick auf Größe, Struktur, Zusammensetzung und Qualifikation muss zumindest dann nicht jährlich erfolgen, wenn keine Veränderungen zu verzeichnen sind.

Im Hinblick auf eine Einzelbewertung der Aufsichtsratsmitglieder kann bei Neuwahlen auf das Verfahren gemäß dem BaFin-Merkblatt zur Kontrolle der Mitglieder von Verwaltungs- und Aufsichtsorganen vom 3. Dezember 2012 abgestellt werden. Danach ist insbesondere eine Prüfung der Qualifikation gemäß Lebenslauf erforderlich.

Bei Aufsichtsratsmitgliedern, die das Amt schon länger ausüben, empfiehlt sich eine Übertragung dieser Aufgabe auf den Personalausschuss oder den Aufsichtsratsvorsitzenden. Die zu prüfende Zuverlässigkeit und zeitliche Verfügbarkeit dürfte nur selten Anlass zu Beanstandungen geben. Für die Qualifikation kann wieder auf das Gesamtgremium Bezug genommen werden.

Die Bewertung der Geschäftsleiter kann im Hinblick auf den Gesamtvorstand wie auch die Einzelpersonen auf den Tantiemenbeschluss Bezug nehmen. Auch hier empfiehlt sich ein Delegieren an den Personalausschuss, soweit vorhanden.

Vergütung

Bei Prüfung der Vergütungssysteme (§ 25d Abs. 12 KWG) kann der Aufsichtsrat auf die gemäß Institutsvergütungsverordnung zu erstellenden Vergütungsgrundsätze zurückgreifen.

Veröffentlichung mit freundlicher Genehmigung des Genossenschaftsverbandes Bayern e. V., RA Steffen Hahn (Leiter Abtlg. Bankaufsichtsrecht und Grundsatzfragen Bereich Bankwirtschaft und Verbundgeschäft)

Bericht des Vorstandes

Unsere Bilanzzahlen im Geschäftsjahr 2014

Die Bilanzsumme 2014 liegt bei 662,1 Mio. € und damit um 1,8 % (12,2 Mio. €) unter dem Vorjahr. Im Bereich unseres Kerngeschäfts, den Kundeneinlagen und -ausleihungen, haben wir auch 2014 sehr erfreuliche Zuwächse verzeichnen können.

Vor allem bei dem für eine Kreditgenossenschaft ursprünglichen Kreditgeschäft konnten wir einen Bestandszuwachs von 6,9 % erzielen. Dies entspricht einem Anstieg der Ausleihungen um 19,6 Mio. € auf einen Bestand von 305,1 Mio. €. Für Mitglieder und Kunden waren wir auch in 2014 ein attraktiver Ansprechpartner für Finanzierungen. Wir konnten rund 76 Mio. € neue Kredite an Privatleute und die heimische Wirtschaft vergeben. Neben den bilanziellen Ausleihungen stellen wir unseren Kunden über unsere Verbundpartner, wie z. B. die Münchener Hypothekenbank weitere Kredite in Höhe von 22,8 Mio. € zur Verfügung.

Im Einlagengeschäft haben wir einen Zuwachs von 11,2 Mio. € (2,3 %) erreichen können. Das annähernde Nullzinsniveau begrenzt unsere Möglichkeiten, die Guthaben unserer Mitglieder attraktiver zu verzinsen. Wir bieten die Konditionen, die nach kaufmännischem Ermessen möglich sind, ohne unverantwortliche Risiken für unsere Genossenschaft einzugehen.

Erträge, Aufwendungen und Ergebnisverwendung im Geschäftsjahr 2014

Wir haben im Jahr 2014 ein unter dem Vorjahresniveau liegendes Betriebsergebnis von 4,8 Mio. € (- 0,8 Mio. €) erzielt. Dies ist für unsere Genossenschaft dennoch ein gutes Ergebnis. Damit führen wir die Reihe der erfolgreichen Jahre fort. Wir können Rücklagen für das weitere Wachstum unserer Kreditgenossenschaft schaffen.

Der Rückgang im Vergleich zum Vorjahr ist vor allem durch unseren bewussten Verzicht auf Gebühren für die Kontoführung entstanden. Zum Ende des Jahres 2014 wurden über 8.000 Konten kostenfrei geführt. Dies ist in Einklang mit unserem Leitbild: Wir wollen „nur so viel Gewinn wie nötig, und nicht so viel wie möglich“ erwirtschaften.

Wir geben Kostenvorteile an die Mitglieder weiter, solange wir nachhaltig auf sicherem Grund stehen. Dies ist der Fall, wie unser diesjähriges Ergebnis zeigt. Deshalb kommen Vorteile dort an, wo sie hingehören: Bei unse-

ren Eigentümern bzw. Mitgliedern.

Unser Zinsergebnis liegt mit 13,0 Mio. € unter dem Niveau des Vorjahres von 13,8 Mio. €. Den Rückgang des Zinsüberschusses verursacht die seit mehreren Jahren andauernde Niedrigzinsphase. Das historisch niedrige Zinsniveau macht es uns als Kreditgenossenschaften schwer, Erträge im klassischen Bankgeschäft zu erwirtschaften.

Wir versuchen, unseren Mitgliedern attraktive Bankprodukte anzubieten. Dabei müssen wir als ordentliche Kaufleute agieren und kalkulieren. Für das Geschäftsjahr 2015 rechnen wir wieder mit einem Ergebnis von rund 13,0 Mio. €. Erst ab 2016 werden wir die Auswirkungen der Niedrigzinsphase deutlicher spüren.

Im Bereich der Dienstleistungserträge verzeichneten wir 2014 erneut einen Rückgang von rund 60 T€. Dieser ist, wie 2013, auf die weiter steigende Anzahl gebührenfreier bzw. gebührenreduzierter Mitgliederkonten zurückzuführen. Im klassischen Kundenprovisionsgeschäft – Fonds und Versicherungen – konnten wir die Erträge wieder steigern. Der Überschuss aus Dienstleistungsgeschäften beträgt im Jahr 2014 2,80 Mio. €. Für das Jahr 2015 gehen wir von einem tendenziell besseren Ergebnis aus.

Im Jahr 2014 hatte unsere Kreditgenossenschaft im außerordentlichen Bereich keine Belastungen zu verkraften. Aus dem Betriebsergebnis können wir unsere Rücklagen nach Zahlung anfallender Steuern weiter stärken. Wir werden, die Genehmigung der Vertreterversammlung vorausgesetzt, 3,7 Mio. € unseren Rücklagen zuführen.

Für den verbleibenden Bilanzgewinn von rd. 0,9 Mio. € schlagen wir der Vertreterversammlung eine 5 %-ige Dividendenzahlung an alle Mitglieder vor. Außerdem soll der Beteiligungsfonds der Mitglieder aufgestockt werden. Der verbleibende Überschuss wird, wie in der Vergangenheit, den Rücklagen zugeführt. Über den VR-MitgliederBonus leisten wir Bonuszahlungen in Höhe von ca. 490 T€.

Neues Konzept zur Beratung der Mitglieder

Aufgrund der niedrigen Zinsen im Euroraum erwarten wir in der Zukunft deutlich sinkende Erträge. Diese Situation verschärft sich durch die zusätzlichen Kosten

Bericht des Vorstandes

der Bankenregulierung. Die aufwändigen gesetzlichen Regelungen für das Bankgeschäft betreffen auch uns. Um unser genossenschaftliches Bankgeschäft auf Dauer nicht zu gefährden, sind wir als Verantwortliche aufgerufen, rechtzeitig geeignete Maßnahmen einzuleiten.

Unter der Bezeichnung **Mitgliederbank 2020** begannen wir Ende 2014 die Umstrukturierung unserer Bank. Ziel ist es, unsere Genossenschaft qualitativ und betriebswirtschaftlich auf Erfolgskurs zu halten.

Als ersten Schritt führten wir im Herbst vergangenen Jahres eine zentrale Mitgliederdiskussion unter professioneller Leitung durch. So wollten wir die Anforderungen unserer Mitglieder an die Beratung und die Betreuung vor Ort besser verstehen.

Nach eingehender Diskussion mit unserem Aufsichtsrat trafen wir im Anschluss die Entscheidung, die Beratung der VR Bank neu zu organisieren. Ziel ist es, die Anforderungen der Mitglieder so gut wie möglich mit notwendigen Kosteneinsparungen in Einklang zu bringen.

Das neue Konzept differenziert deutlicher zwischen den unterschiedlichen Anforderungen der Mitglieder. Das verbessert nach unserer Auffassung das gegenseitige Verständnis zwischen Berater und Mitglied. Zudem ist es für uns als Bank einfacher, Mitgliederbedürfnisse mit bestehenden gesetzlichen Regelungen zu verbinden, ohne Zusatzkosten zu produzieren.

In der neuen Struktur werden wir die Berater in den Geschäftsstellen intensiver als bisher mit den Spezialis-

ten in unserer Hauptstelle in der Luitpoldstraße in Kitzingen vernetzen. Generalist vor Ort und Spezialist in der Hauptstelle sind gemeinsam für das Wohlergehen des Mitgliedes verantwortlich – mit unterschiedlichen Schwerpunkten. Dieses neue System lässt sich anschaulich mit der Zusammenarbeit zwischen Hausarzt und Facharzt vergleichen.

Mit den Beratern auf den Zweigstellen bleiben den Mitgliedern ihre vertrauten Ansprechpartner für das tägliche Geschäft erhalten. Sie sind zuständig für alltägliche Themen rund um Geldanlage, Finanzierung, Kontoführung und Zahlungsverkehr.

Unsere Berater handeln wie ein Hausarzt, der sich mit allen Fragen um die Gesunderhaltung auskennt. Er analysiert die Kundenbedürfnisse, kümmert sich selbst aber nur um einfache „Krankheiten“ und Notfälle. Besteht Bedarf für einen „Facharzttermin“ im Beratungszentrum in Kitzingen, wählt der Berater vor Ort den richtigen Spezialisten aus.

Wir haben zentrale Ansprechpartner für Baufinanzierungen, Versicherungen und Bausparen sowie für die Vorsorge- und Finanzplanung. Über die enge Vernetzung unserer Berater vor Ort mit den zentralen Spezialisten werden notwendige Informationen zu Anliegen und Bedürfnissen des Mitglieds ausgetauscht. Es erfolgt sozusagen eine „Überweisung“ von Hausarzt an Facharzt.

Die zentralen Spezialisten kümmern sich im Termin mit entsprechendem Detailwissen um die Anliegen und Bedürfnisse der Mitglieder. Sie werden individuell, fortschrittlich und computerunterstützt beraten.

Computerunterstützte Beratung am Beispiel einer Wohnbaufinanzierung: Ermittlung des Kundenbedarfs



Am Ende der computerunterstützten Beratung steht ein konkreter Lösungsvorschlag



Unser Ziel ist es, Mitglieder bei ihren Entscheidungen in Finanzangelegenheiten bestmöglich zu unterstützen. Dazu zeigen wir verschiedene Wege zur Erreichung vorhandener Ziele. Wir gewährleisten damit eine faire Beratung im Mitgliedersinn mit hoher Qualität.

Damit der persönliche Berater in der Geschäftsstelle weiß, über was mit seinem Mitglied gesprochen wurde, gibt der Spezialist detaillierte Rückmeldung. Er sendet sozusagen den Befund mit der erfolgten Behandlung zurück zum Hausarzt zur künftigen Begleitung.

Wir wissen, dass dies eine Umstellung ist, an die sich alle – auch unsere Mitarbeiter – gewöhnen müssen. Bisher haben wir in allen Geschäftsstellen unsere Beratungsdienstleistungen gleichermaßen angeboten. Das ist mit unserem Anspruch an Qualität zu vernünftigen Kosten nicht zu leisten. Dazu tragen die Anforderungen des Verbraucherschutzes wesentlich bei.

Wir sind überzeugt, dass wir auf diesem Wege die Vorteile einer Betreuung vor Ort am besten mit zentral vorhandenem Fachwissen verknüpfen. Unsere Hoffnung ist es, das Beste aus zwei Welten zu vereinigen: persönliche Betreuung vor Ort durch vertraute Personen und zentrales Fachwissen vom Spezialisten.

Danke

Das stetige Wachstum unserer Genossenschaft in den zurückliegenden Jahren zeigt, dass unsere Mitglieder und Kunden ihre Kreditgenossenschaft schätzen. Täglich kümmern sich 127 Menschen um ihre Anliegen. Die Leistung unserer Mitarbeiter ist das Fundament unserer Bank. Wir danken allen für ihren Einsatz.

Unserem Betriebsrat sowie Frau Edelgard Pieper-Pavel und den Herren des Aufsichtsrates danken wir für die gute und vertrauensvolle Zusammenarbeit im Jahr 2014.

Wir glauben, in diesem Jahr die richtigen Weichenstellungen getroffen zu haben, um unsere Leistungsfähigkeit auch in der Zukunft zu erhalten. Wir wollen auf dem eingeschlagenen Weg die Richtung halten und gemeinsam mit allen Beteiligten den Weg zur Mitgliederbank weiter gehen.


Roland Köppel


Peter Siegel

Bericht des Aufsichtsrates

Das Jahr 2014 war für unsere Kreditgenossenschaft sehr erfolgreich. Die betriebswirtschaftlichen Ziele haben wir erreicht. Alle Geschäftsbereiche haben hierzu gleichermaßen beigetragen. Damit die VR Bank Kitzingen eG ihren qualitativen Wachstumskurs fortsetzen kann, haben wir nach eingehenden Diskussionen mit dem Vorstand die Strategie **Mitgliederbank 2020** verabschiedet. Wir stehen hinter der neuen Struktur mit Service und Beratung vor Ort in den Geschäftsstellen und qualifizierter Finanzplanung in der Zentrale in der Luitpoldstraße in Kitzingen. Aus unserer Sicht können so die Bedürfnisse der Mitglieder, eine qualifizierte und faire Beratung, und die Einschränkungen, der die Genossenschaft durch sinkende Margen, steigende Kosten und zunehmende Regulatorik unterliegt, am besten vereinbart werden.

Der Aufsichtsrat der VR Bank Kitzingen eG befasste sich im Berichtsjahr ausführlich mit der wirtschaftlichen und finanziellen Entwicklung sowie mit Strategie, Planung und dem Risikomanagement der Bank. Wir haben uns über die Aktivitäten des Vorstandes laufend informiert und diesen bei der Leitung des Unternehmens beratend begleitet. Der Vorstand berichtete dem Aufsichtsrat in regelmäßigen Abständen zeitnah schriftlich und mündlich in sieben Sitzungen des Gesamtaufsichtsrates sowie acht Ausschuss-Sitzungen über Geschäftspolitik, wirtschaftliche Situation und weitere wichtige Angelegenheiten der Unternehmensführung und -entwicklung. Dazu zählten insbesondere Ertragslage, Risiko-Management und alle weiteren Geschäftsvorgänge von zentraler Bedeutung.

Der Aufsichtsrat und die von ihm gebildeten Ausschüsse waren in alle Entscheidungen von besonderer Wichtigkeit eingebunden. Darüber hinaus standen die Aufsichtsratsvorsitzende und ihre beiden Stellvertreter auch außerhalb der ordentlichen Sitzungen in engem Kontakt mit dem Vorstand. Geschäfte, zu denen die Zustimmung des Aufsichtsrates erforderlich ist, wurden ausführlich geprüft und mit dem Vorstand behandelt.

Den Jahresabschluss, den Lagebericht und den Vorschlag für die Verwendung des Jahresüberschusses hat der Aufsichtsrat geprüft, für in Ordnung befunden und befürwortet den Vorschlag des Vorstands. Der Vorschlag für die Verwendung des Jahresüberschusses entspricht den Vorschriften unserer Satzung. Ebenso gilt dies für die Prüfung von Jahresabschluss und Lagebericht durch den Genossenschaftsverband Bayern. In einer gemeinsamen Sitzung wurde das Prüfungsergebnis gemäß § 58 Genossenschaftsgesetz erörtert.

Mit der Vertreterversammlung am 19. Mai 2015 endet satzungsgemäß die Amtszeit der Aufsichtsratsmitglieder **Erhard Müller** und **Heinz Wenkheimer**.

Die Wiederwahl von Heinz Wenkheimer ist zulässig. Der Aufsichtsrat schlägt der Vertreterversammlung die Wiederwahl vor.

Erhard Müller scheidet nach 30 Jahren ehrenamtlicher Tätigkeit im Aufsichtsrat aus. Wir danken ihm für die kollegiale Zusammenarbeit in den zurückliegenden Jahren.

Zur Neuwahl schlägt der Aufsichtsrat **Gudrun Schröder** und **Rudolf Nagel** vor.

Gudrun Schröder wurde 1968 in München geboren. Die Diplom-Kauffrau trat 1996 in den elterlichen Betrieb in Kitzingen, die REKA Wellpappenwerke GmbH, ein. Seit 2004 führt die in Kitzingen wohnende Unternehmerin diesen gemeinsam mit ihrem Vater als Geschäftsführerin.

Rudolf Nagel wurde 1958 in Dettelbach geboren. Der gelernte Stahlbauschlosser betreibt im Nebenerwerb das elterliche Weingut in Dettelbach. Seit 2008 ist er Mitglied des Stadtrats von Dettelbach. Außerdem engagiert er sich in der Jagdgenossenschaft, dem Wein-, Obst- und Gartenbauverein und als Feldgeschworener.

Wir bitten die Vertreterversammlung um Unterstützung der Vorschläge.

Wir bedanken uns herzlich bei allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern sowie dem Vorstand für ihre Arbeit im vergangenen Jahr.

Wir werden uns gemeinsam dafür einsetzen, dass sich die erfolgreiche Arbeit der vergangenen Jahre im Sinne der Mitglieder der VR Bank Kitzingen eG auch in Zukunft fortsetzt.

Edelgard Pieper-Pavel
Aufsichtsratsvorsitzende

Jahresbilanz zum 31. Dezember 2014

Aktivseite	Geschäftsjahr				Vorjahr
	EUR	EUR	EUR	EUR	TEUR
1. Barreserve					
a) Kassenbestand			<u>5.604.552,38</u>		<u>5.031</u>
b) Guthaben bei Zentralnotenbanken			<u>93.100,80</u>		<u>924</u>
darunter: bei der Deutschen Bundesbank	<u>93.100,80</u>				<u>(924)</u>
c) Guthaben bei Postgiroämtern			-	<u>5.697.653,18</u>	-
2. Schuldtitel öffentlicher Stellen und Wechsel, die zur Refinanzierung bei Zentralnotenbanken zugelassen sind					
a) Schatzwechsel und unverzinsliche Schatzanweisungen sowie ähnliche Schuldtitel öffentlicher Stellen			-		-
darunter: bei der Deutschen Bundesbank refinanzierbar	-			-	(-)
b) Wechsel			-	-	-
3. Forderungen an Kreditinstitute					
a) täglich fällig			<u>231.645,63</u>		<u>2.329</u>
b) andere Forderungen			<u>65.836.291,87</u>	<u>66.067.937,50</u>	<u>75.023</u>
4. Forderungen an Kunden				<u>305.085.919,96</u>	<u>285.443</u>
darunter:					
durch Grundpfandrechte gesichert	<u>167.736.746,24</u>				<u>(158.279)</u>
Kommunalkredite	<u>6.966.731,00</u>				<u>(6.361)</u>
5. Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere					
a) Geldmarktpapiere					
aa) von öffentlichen Emittenten		-			-
darunter: beleihbar bei der Deutschen Bundesbank	-				(-)
ab) von anderen Emittenten		-	-		-
darunter: beleihbar bei der Deutschen Bundesbank	-				(-)
b) Anleihen und Schuldverschreibungen					
ba) von öffentlichen Emittenten		<u>19.914.747,86</u>			<u>9.758</u>
darunter: beleihbar bei der Deutschen Bundesbank	<u>19.815.766,82</u>				<u>(9.758)</u>
bb) von anderen Emittenten		<u>177.854.281,91</u>	<u>197.769.029,77</u>		<u>207.486</u>
darunter: beleihbar bei der Deutschen Bundesbank	<u>170.491.894,37</u>				<u>(199.416)</u>
c) eigene Schuldverschreibungen			-	<u>197.769.029,77</u>	-
Nennbetrag	-				(-)
6. Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere				<u>66.107.639,96</u>	<u>66.862</u>
7. Beteiligungen und Geschäftsguthaben bei Genossenschaften					
a) Beteiligungen			<u>9.374.266,17</u>		<u>7.592</u>
darunter: an Kreditinstituten	<u>395.000,00</u>				<u>(395)</u>
an Finanzdienstleistungsinstituten	-				(-)
b) Geschäftsguthaben bei Genossenschaften			<u>746.400,00</u>	<u>10.120.666,17</u>	<u>746</u>
darunter: bei Kreditgenossenschaften	<u>700.000,00</u>				<u>(700)</u>
bei Finanzdienstleistungsinstituten	-				(-)
8. Anteile an verbundenen Unternehmen				<u>25.000,00</u>	<u>25</u>
darunter: an Kreditinstituten	-				(-)
an Finanzdienstleistungsinstituten	-				(-)
9. Treuhandvermögen				<u>256.444,74</u>	<u>315</u>
darunter: Treuhandkredite	<u>256.444,74</u>				<u>(315)</u>
10. Ausgleichsforderungen gegen die öffentliche Hand einschließlich Schuldverschreibungen aus deren Umtausch				-	-
11. Immaterielle Anlagewerte					
a) Selbst geschaffene gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte			-		-
b) Entgeltlich erworbene Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten			<u>19.900,00</u>		<u>48</u>
c) Geschäfts- oder Firmenwert			<u>133.333,00</u>		<u>167</u>
d) Geleistete Anzahlungen			-	<u>153.233,00</u>	-
12. Sachanlagen				<u>8.087.406,49</u>	<u>10.227</u>
13. Sonstige Vermögensgegenstände				<u>1.320.769,81</u>	<u>957</u>
14. Rechnungsabgrenzungsposten				<u>1.366.965,95</u>	<u>1.359</u>
Summe der Aktiva			<u>662.058.666,53</u>		<u>674.292</u>

Jahresbilanz zum 31. Dezember 2014

Passivseite	Geschäftsjahr				Vorjahr
	EUR	EUR	EUR	EUR	TEUR
1. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten					
a) täglich fällig		<u>8.381.203,84</u>			<u>33.629</u>
b) mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist		<u>92.500.620,03</u>	<u>100.881.823,87</u>		<u>97.179</u>
2. Verbindlichkeiten gegenüber Kunden					
a) Spareinlagen					
aa) mit vereinbarter Kündigungsfrist von drei Monaten		<u>165.526.035,76</u>			<u>164.419</u>
ab) mit vereinbarter Kündigungsfrist von mehr als drei Monaten		<u>22.081.562,66</u>	<u>187.607.598,42</u>		<u>17.780</u>
b) andere Verbindlichkeiten					
ba) täglich fällig		<u>308.280.986,27</u>			<u>301.005</u>
bb) mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist		<u>2.019.267,29</u>	<u>310.300.253,56</u>	<u>497.907.851,98</u>	<u>3.489</u>
3. Verbriefte Verbindlichkeiten					
a) begebene Schuldverschreibungen		<u>43.459,77</u>			<u>43</u>
b) andere verbiefte Verbindlichkeiten			<u>43.459,77</u>		<u>-</u>
darunter: Geldmarktpapiere					<u>(-)</u>
eigene Akzepte und Solawechsel im Umlauf	<u>-</u>				<u>(-)</u>
4. Treuhandverbindlichkeiten				<u>256.444,74</u>	<u>315</u>
darunter: Treuhandkredite	<u>256.444,74</u>				<u>(315)</u>
5. Sonstige Verbindlichkeiten				<u>1.681.513,07</u>	<u>732</u>
6. Rechnungsabgrenzungsposten				<u>176.101,58</u>	<u>200</u>
7. Rückstellungen					
a) Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen		<u>942.753,00</u>			<u>944</u>
b) Steuerrückstellungen		<u>1.068.424,61</u>			<u>1.018</u>
c) andere Rückstellungen		<u>3.801.751,00</u>	<u>5.812.928,61</u>		<u>3.600</u>
8.			<u>-</u>		<u>-</u>
9. Nachrangige Verbindlichkeiten				<u>-</u>	<u>-</u>
10. Genussrechtskapital				<u>2.778.000,00</u>	<u>2.778</u>
darunter: vor Ablauf von zwei Jahren fällig	<u>135.000,00</u>				<u>(33)</u>
11. Fonds für allgemeine Bankrisiken				<u>21.000.000,00</u>	<u>18.000</u>
darunter: Sonderposten n. § 340e Abs. 4 HGB	<u>-</u>				<u>(-)</u>
12. Eigenkapital					
a) Gezeichnetes Kapital		<u>13.666.648,30</u>			<u>12.080</u>
b) Kapitalrücklage		<u>3.855.289,06</u>			<u>3.855</u>
c) Ergebnissrücklagen					
ca) gesetzliche Rücklage	<u>6.850.000,00</u>				<u>6.641</u>
cb) andere Ergebnissrücklagen	<u>5.775.215,20</u>				<u>5.140</u>
cc) Beteiligungsfonds gem. § 73 Abs. 3 GenG	<u>502.140,00</u>	<u>13.127.355,20</u>			<u>437</u>
d) Bilanzgewinn		<u>871.250,35</u>	<u>31.520.542,91</u>		<u>1.008</u>
Summe der Passiva			<u>662.058.666,53</u>		<u>674.292</u>
1. Eventualverbindlichkeiten					
a) Eventualverbindlichkeiten aus weitergegebenen abgerechneten Wechseln		<u>-</u>			<u>-</u>
b) Verbindlichkeiten aus Bürgschaften und Gewährleistungsverträgen		<u>23.197.154,22</u>			<u>5.856</u>
c) Haftung aus der Bestellung von Sicherheiten für fremde Verbindlichkeiten		<u>-</u>	<u>23.197.154,22</u>		<u>-</u>
2. Andere Verpflichtungen					
a) Rücknahmeverpflichtungen aus unechten Pensionsgeschäften		<u>-</u>			<u>-</u>
b) Platzierungs- und Übernahmeverpflichtungen		<u>-</u>			<u>-</u>
c) Unwiderrufliche Kreditzusagen		<u>10.143.383,86</u>	<u>10.143.383,86</u>		<u>8.109</u>
darunter: Lieferverpflichtungen aus zinsbezogenen Termingeschäften	<u>-</u>				<u>(-)</u>

Gewinn- und Verlustrechnung

für die Zeit vom 1. Januar bis 31. Dezember 2014

	Geschäftsjahr				Vorjahr
	EUR	EUR	EUR	EUR	TEUR
1. Zinserträge aus					
a) Kredit- und Geldmarktgeschäften		<u>12.451.949,63</u>			<u>12.891</u>
b) festverzinslichen Wertpapieren und Schuldbuchforderungen		<u>4.499.236,77</u>	<u>16.951.186,40</u>		<u>5.427</u>
2. Zinsaufwendungen			<u>-5.331.767,30</u>	<u>11.619.419,10</u>	<u>-6.626</u>
darunter: aus der Aufzinsung von Rückstellungen					<u>(-9)</u>
3. Laufende Erträge aus					
a) Aktien und anderen nicht festverzinslichen Wertpapieren			<u>584.244,29</u>		<u>1.572</u>
b) Beteiligungen und Geschäftsguthaben bei Genossenschaften			<u>142.653,96</u>		<u>95</u>
c) Anteilen an verbundenen Unternehmen				<u>726.898,25</u>	<u>-</u>
4. Erträge aus Gewinngemeinschaften, Gewinnabführungs- oder Teilgewinnabführungsverträgen				<u>-</u>	<u>-</u>
5. Provisionserträge			<u>3.083.074,85</u>		<u>3.146</u>
6. Provisionsaufwendungen			<u>-287.697,38</u>	<u>2.795.377,47</u>	<u>-283</u>
7. Nettoertrag des Handelsbestands				<u>-</u>	<u>-</u>
8. Sonstige betriebliche Erträge				<u>1.001.950,84</u>	<u>364</u>
9.				<u>-</u>	<u>-</u>
10. Allgemeine Verwaltungsaufwendungen					
a) Personalaufwand					
aa) Löhne und Gehälter		<u>-5.632.340,10</u>			<u>-5.750</u>
ab) Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung		<u>-1.222.956,96</u>	<u>-6.855.297,06</u>		<u>-1.217</u>
darunter: für Altersversorgung	<u>-252.206,43</u>				<u>(-249)</u>
b) andere Verwaltungsaufwendungen			<u>-3.623.498,05</u>	<u>-10.478.795,11</u>	<u>-3.694</u>
11. Abschreibungen und Wertberichtigungen auf immaterielle Anlagewerte und Sachanlagen				<u>-708.613,63</u>	<u>-763</u>
12. Sonstige betriebliche Aufwendungen				<u>-199.928,52</u>	<u>-141</u>
darunter: aus der Aufzinsung von Rückstellungen		<u>-137.885,35</u>			<u>(-72)</u>
13. Abschreibungen und Wertberichtigungen auf Forderungen und bestimmte Wertpapiere sowie Zuführungen zu Rückstellungen im Kreditgeschäft			<u>-</u>		<u>-</u>
14. Erträge aus Zuschreibungen zu Forderungen und bestimmten Wertpapieren sowie aus der Auflösung von Rückstellungen im Kreditgeschäft			<u>1.532.764,90</u>	<u>1.532.764,90</u>	<u>8.799</u>
15. Abschreibungen u. Wertberichtigungen auf Beteiligungen, Anteile an verbundenen Unternehmen und wie Anlagevermögen behandelte Wertpapiere			<u>-346.212,50</u>		<u>-</u>
16. Erträge aus Zuschreibungen zu Beteiligungen, Anteilen an verbundenen Unternehmen und wie Anlagevermögen behandelten Wertpapieren			<u>-</u>	<u>-346.212,50</u>	<u>22</u>
17. Aufwendungen aus Verlustübernahme				<u>-</u>	<u>-</u>
18.				<u>-</u>	<u>-</u>
19. Ergebnis der normalen Geschäftstätigkeit				<u>5.942.860,80</u>	<u>13.842</u>
20. Außerordentliche Erträge			<u>-</u>		<u>-</u>
21. Außerordentliche Aufwendungen			<u>-</u>		<u>-</u>
22. Außerordentliches Ergebnis				<u>-</u>	<u>(-)</u>
23. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag			<u>-2.052.491,18</u>		<u>-1.815</u>
24. Sonstige Steuern, soweit nicht unter Posten 12 ausgewiesen			<u>-19.119,27</u>	<u>-2.071.610,45</u>	<u>-19</u>
24a. Zuführung zum Fonds für allgemeine Bankrisiken				<u>-3.000.000,00</u>	<u>-11.000</u>
25. Jahresüberschuss				<u>871.250,35</u>	<u>1.008</u>
26. Gewinnvortrag aus dem Vorjahr				<u>-</u>	<u>-</u>
				<u>871.250,35</u>	<u>1.008</u>
27. Entnahmen aus Ergebnismrücklagen					
a) aus der gesetzlichen Rücklage			<u>-</u>		<u>-</u>
b) aus anderen Ergebnismrücklagen			<u>-</u>	<u>-</u>	<u>-</u>
				<u>871.250,35</u>	<u>1.008</u>
28. Einstellungen in Ergebnismrücklagen					
a) in die gesetzliche Rücklage			<u>-</u>		<u>-</u>
b) in andere Ergebnismrücklagen			<u>-</u>	<u>-</u>	<u>-</u>
29. Bilanzgewinn				<u>871.250,35</u>	<u>1.008</u>

Lagebericht für das Geschäftsjahr 2014

I. Wirtschaftsbericht

1. Entwicklung der Gesamtwirtschaft und der bayerischen Kreditgenossenschaften

Der wirtschaftliche Aufschwung des vergangenen Jahres setzte sich im Jahr 2014 leicht abgeschwächt fort. Mit einer Steigerung von rund 3 % der globalen Produktion konnte die Entwicklung der Weltwirtschaft mit den Erwartungen nicht ganz Schritt halten. Der gebremste Aufschwung findet seine Ursachen unter anderem in den zurückgestellten Investitionen der Unternehmen, ausgelöst durch den Russland-Ukraine-Konflikt, sowie einer geringeren Auslandsnachfrage. Trotz eines abgeschwächten Wachstums der aufstrebenden Volkswirtschaften stieg das reale Bruttoinlandsprodukt im Jahresdurchschnitt um knapp 1 %.

Auch im Jahr 2014 prägte die Europäische Zentralbank (EZB) die Entwicklung der Finanzmärkte in Deutschland und Europa in Form von expansiven geldpolitischen Maßnahmen. Der Beschluss des EZB-Rates zum Kauf von forderungsbesicherten Wertpapieren (Asset Backed Securities) und dem Erwerb gedeckter Schuldverschreibungen (Covered Bonds) gilt als Maßnahme im Hinblick auf die sinkende Inflationsrate. In zwei Schritten senkte die Notenbank den Hauptrefinanzierungssatz von 0,25 % zu Jahresbeginn auf nur noch 0,05 %. Nach Aussagen des EZB-Präsidenten Draghi stellt dieser Wert die Untergrenze dar.

Die bayerischen Volksbanken und Raiffeisenbanken blicken auf eine positive Geschäftsentwicklung und ein zufriedenstellendes Geschäftsjahr 2014 zurück. Mit einem Anstieg der Bilanzsumme um 3,5 % auf 141,0 Milliarden Euro konnte der Expansionskurs des Vorjahres fortgeführt werden. Durchaus erfreulich ist die leichte Zunahme des Wachstumstempos im Vergleich zum Vorjahr.

Die Ausleihungen konnten erneut um 4,5 % auf 83,1 Milliarden Euro ausgeweitet werden. Dass die Kreditgenossenschaften ein sehr gefragter Finanzierungspartner für mittelständische Unternehmen im Freistaat sind, zeigt der Zuwachs der Firmenkundenkredite von 4,8 % auf 39,3 Milliarden Euro. Analog zum vergangenen Geschäftsjahr nutzten zahlreiche Kunden erneut die niedrigen Zinsen zur Baufinanzierung, wodurch sich auch in diesem Geschäftsfeld der Aufwärtstrend fortsetzte. Ein Anstieg des außerbilanziellen Kreditvolumens der Kreditgenossenschaften um 2,6 % auf 10,6 Milliarden Euro ist auf starke Angebote ihrer Verbundpartner zurückzuführen.

Obgleich des allgemein niedrigen Zinsniveaus konnten mit einem Zuwachs von 3,5 % auf 109,9 Milliarden Euro im Jahr 2014 Zuflüsse bei den Kundengeldern verbucht werden. Gleichzeitig werden die Kreditgenossenschaften im Freistaat als zuverlässige Berater geschätzt. Dementsprechend legte im Jahr 2014 das außerbilanzielle Kundenanlagevolumen um 5,6 % auf 65,7 Milliarden Euro zu.

Trotz der kostenintensiven Umsetzung zahlreicher Regulierungsvorgaben konnte im vergangenen Geschäftsjahr ein erfreuliches Ergebnis erzielt werden. Die verminderte Zinsspanne von 2,34 % der durchschnittlichen Bilanzsumme (dBS) konnte teilweise durch die Ausweitung des Kreditvolumens sowie das Senken der Betriebskosten um 4 Basispunkte auf 1,86 % dBS kompensiert werden. Das Provisionsgeschäft entwickelte sich insgesamt stabil.

Neben Nettozuschreibungen aus der Risikovorsorge trug vor allem die verringerte Kostenbasis zum einem Anstieg des bereinigten Ergebnisses vor Ertragsteuern um 9 Basispunkte auf 1,08 % dBS bei. Ihre gute Eigenkapitalbasis konnten die bayerischen Volksbanken und Raiffeisenbanken weiter stärken: Die Kernkapitalquote stieg auf 13,41 % und die Eigenmittelquote belief sich auf 18,03 %.

Das Vertrauen der Kunden in die Unternehmensphilosophie der Kreditgenossenschaften in Bayern spiegelt sich in der Erhöhung der Mitgliederzahlen der Volksbanken und Raiffeisenbanken wider: Um über 50.000 neue Mitglieder auf rund 2,6 Millionen Menschen.

2. Geschäftsverlauf der VR Bank Kitzingen eG

Die Geschäftsentwicklung verlief im Geschäftsjahr 2014 erfolgreich. Sowohl im Kredit- als auch im Einlagengeschäft wurden die Planziele erreicht. Im Einzelnen zeigt sich folgendes Bild:

Geschäftsvolumen	Berichtsjahr TEUR	Vorjahr TEUR	Veränderung TEUR	Veränderung %
Bilanzsumme	662.059	674.292	-12.233	-1,8
Außerbilanzielle Geschäfte	33.341	13.965	19.376	138,7

Trotz der Verringerung der Bilanzsumme auf 662.059 TEUR ist das Geschäftsvolumen mit Mitgliedern und Kunden im Berichtsjahr in allen Bereichen gewachsen. Der Zuwachs bei den außerbilanziellen Geschäften ist im Wesentlichen auf den Abschluss von Credit Default Swaps in Höhe von insgesamt 18.000 TEUR zurückzuführen. Weiterhin bestehen Eventualverbindlichkeiten aus Bürgschaften und Gewährleistungsverträgen in Höhe von 5.197 TEUR und andere Verpflichtungen in Höhe von 10.143 TEUR.

Aktivgeschäft	Berichtsjahr TEUR	Vorjahr TEUR	Veränderung TEUR	Veränderung %
Kundenforderungen	305.086	285.443	19.643	6,9
Wertpapiere	263.877	284.106	-20.229	-7,1
Forderungen an Kreditinstitute	66.068	77.352	-11.284	-14,6

Eine erfreuliche Entwicklung zeichnete sich entsprechend der Vorperiode im Kreditgeschäft ab. Der Anteil von 60 % an Firmenkrediten bei der Neukreditvergabe zeigt einen erneuten Anstieg vor allem in diesem Bereich. Die Kundenforderungen im Verhältnis zur Bilanzsumme sind weiter angestiegen. Die Investition in Wertpapiere sowie Forderungen an andere Banken wurden reduziert, was im Passivgeschäft eine Minderung der Verbindlichkeiten gegenüber anderen Banken nach sich zieht.

Passivgeschäft	Berichtsjahr TEUR	Vorjahr TEUR	Veränderung TEUR	Veränderung %
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	100.882	130.808	-29.926	-22,9
Spareinlagen von Kunden	187.608	182.198	5.410	3,0
andere Einlagen von Kunden	310.300	304.494	5.806	1,9
verbriefte Verbindlichkeiten	43	43	-	-

Der im Vergleich zum Vorjahr leicht rückläufige Zuwachs der Kundengelder lag dennoch über den Erwartungen. Insgesamt ergaben sich im Geschäftsjahr keine nennenswerten Verschiebungen in der Struktur der Kundengelder.

Dienstleistungsgeschäft	Berichtsjahr TEUR	Vorjahr TEUR	Veränderung TEUR	Veränderung %
Erträge aus Wertpapierdienstleistungs- und Depotgeschäften	588	531	57	10,7
andere Vermittlungserträge	1.352	1.350	2	0,1
Erträge aus Zahlungsverkehr	1.009	1.066	-57	-5,3

Das Dienstleistungsgeschäft liegt nominal auf Vorjahresniveau. Der prognostizierte Rückgang der Erträge aus dem Zahlungsverkehr, der sich aus der Einführung der VR-Mitgliederkonten im Jahr 2013 ergibt, wird ausgeglichen durch den Zuwachs bei den Erträgen aus dem Wertpapierdienstleistungs- und Depotgeschäft. Die Entwicklung des Dienstleistungsgeschäftes verlief erwartungsgemäß.

Investitionen

Die Gesamtinvestitionen betrugen im Berichtsjahr 561 TEUR; für Betriebs- und Geschäftsausstattung wurden 138 TEUR investiert, für EDV-Ausstattung 340 TEUR.

1) GuV-Posten 1 abzüglich GuV-Posten 2. • 2) GuV-Posten 5 abzüglich GuV-Posten 6. • 3) GuV-Posten 13-16

Lagebericht (Auszug)

Personal- und Sozialbereich

Die Anzahl der jahresdurchschnittlich Beschäftigten blieb nahezu unverändert.

Über die personelle Besetzung geben folgende Zahlen Aufschluss:

- 127 Beschäftigte insgesamt
- davon 45 Teilzeitbeschäftigte
- davon 13 Auszubildende

Die betrieblichen Sozialleistungen der Bank bewegen sich im üblichen Rahmen. Es bestehen Regelungen zur betrieblichen Altersversorgung. Die Mitarbeiter werden überwiegend nach den tariflichen Vereinbarungen entlohnt. Die Aus- und Fortbildung erfolgt auf der Grundlage einer schriftlich fixierten Personalentwicklungsplanung. Um den erhöhten Anforderungen gerecht zu werden, wird von den externen Fortbildungsmöglichkeiten rege Gebrauch gemacht. Darüber hinaus führen wir regelmäßig interne Schulungsmaßnahmen durch.

Weitere nichtfinanzielle Leistungsindikatoren

Entwicklung des Kundenstammes

Deckungsgleich mit unserem Ziel der 100%igen Mitgliederbank zum Ende des Jahres 2016 hat sich unser Mitgliederbestand im Jahr 2014 um 2.503 Mitglieder erhöht.

Gesellschaftliche Reputation

Wir fördern ansässige Organisationen in sportlichen, kulturellen, wissenschaftlichen, sozialen, ökologischen oder ähnlich bedeutsamen gesellschaftspolitischen Bereichen. Unser Unternehmensleitbild (Corporate Identity) ist ausgerichtet auf die Förderung unserer Mitglieder und die dauerhafte Selbstständigkeit unseres Instituts.

Sonstige wichtige Vorgänge im Geschäftsjahr

Das Geschäftsjahr war durch keine außergewöhnlichen Vorgänge gekennzeichnet.

II. Darstellung der Lage der VR Bank Kitzingen eG

1. Ertragslage

Die wesentlichen Erfolgskomponenten unserer Bank haben sich gegenüber dem Vorjahr wie folgt entwickelt:

Gewinn- und Verlustrechnung	Berichtsjahr TEUR	Vorjahr TEUR	Veränderung TEUR	Veränderung %
Zinsüberschuss ¹	11.619	11.692	-73	-0,6
Laufende Erträge aus Aktien und anderen nicht festverzinslichen Wertpapieren	584	1.572	-988	-62,8
Provisionsüberschuss ²	2.795	2.862	-67	-2,3
Verwaltungsaufwendungen				
a) Personalaufwendungen	6.855	6.968	-113	-1,6
b) andere Verwaltungsaufwendungen	3.623	3.694	-71	-1,9
Bewertungsergebnis ³	1.187	8.821	-7.634	-86,5
Ergebnis der normalen Geschäftstätigkeit	5.943	13.842	-7.899	-57,1
Steueraufwand	2.072	1.834	238	13,0
Jahresüberschuss	871	1.008	-137	-13,6

Aus dem Spezialfonds wurde im Gegensatz zum Vorjahr nur ein Teil der ordentlichen Erträge ausgeschüttet. Die laufenden Erträge aus Aktien und anderen nicht festverzinslichen Wertpapieren fallen analog niedriger aus. Bei Betrachtung des Bewertungsergebnisses ist ein deutlicher Rückgang von 8.821 TEUR auf 1.187 TEUR festzustellen. Als Folge der Umwidmung von Vorsorgereserven gem. § 340f HGB in den Fonds für allgemeine Bankrisiken gem. § 340g HGB in Höhe von 8.000 TEUR war das Bewertungsergebnis im Jahr 2013 wesentlich höher als im Berichtsjahr. Wird dieser Einmaleffekt im vorangegangenen Jahr außer Acht gelassen, ist ein Anstieg des Bewertungsergebnisses um etwa 44 % erkennbar. Zu dieser erfreulichen Entwicklung haben vor allem realisierte Kursgewinne im Wertpapierbereich geführt. Das Ergebnis der normalen Geschäftstätigkeit hat sich im Vorjahresvergleich – ohne oben genannten Einmaleffekt – nicht nennenswert verändert.

Die Entwicklung der Ertragslage entsprach den Erwartungen und stellte zufrieden. Die Aufwands-/Ertragsrelation (Cost-Income-Ratio – CIR) ist von 66,3 % auf 69,6 % gestiegen. Eine Stärkung des bilanziellen Eigenkapitals kann in angemessenem Umfang stattfinden.

2. Finanz- und Liquiditätslage

Von den Verwerfungen an den Interbank- und Kapitalmärkten ist unsere Genossenschaft in ihrer Finanz- und Liquiditätslage nicht betroffen – auch aufgrund der Zugehörigkeit zum genossenschaftlichen Finanzverbund und den damit zusammenhängenden Refinanzierungsmöglichkeiten. Es zeigt sich vielmehr die vom Interbankengeschäft weitgehend unabhängige Refinanzierungsstruktur, welche überwiegend aus den Geschäftsbeziehungen mit den Privat- und Firmenkunden resultiert. Die vorhandenen liquiden Mittel reichten im Geschäftsjahr 2014 aus, um die aufsichtlichen Anforderungen (Mindestreservebestimmungen, Bestimmungen der Liquiditätsverordnung sowie der CRR) zu erfüllen und bieten ausreichend Freiraum für die Ausweitung des Bankgeschäfts im Rahmen der strategischen Planung. Mit einer Beeinträchtigung der Liquiditätslage ist auch in den folgenden Jahren nicht zu rechnen.

3. Vermögenslage

Eigenkapital

Das bilanzielle Eigenkapital stellt sich gegenüber dem Vorjahr wie folgt dar:

Eigenkapital	Berichtsjahr TEUR	Vorjahr TEUR	Veränderung TEUR	Veränderung %
Gezeichnetes Kapital	13.667	12.080	1.587	13,1
Rücklagen	16.983	16.073	910	5,7

Die Bank verfügt über eine solide Eigenkapitalausstattung. Sie entspricht den Anforderungen und erlaubt darüber hinaus ein stetiges Geschäftswachstum in den nächsten Jahren. Durch Gewinnthesaurierung und den Ausbau der Geschäftsguthaben unserer Mitglieder konnte das Eigenkapital weiter gestärkt werden. Daneben besteht ein Fonds für allgemeine Bankrisiken nach § 340g HGB in Höhe von 21.000 TEUR (Vorjahr 18.000 TEUR). Der Anteil der bilanziellen Eigenmittel an der Bilanzsumme konnte von 7,39 % auf 8,34 % verbessert werden. Die Kernkapitalquote (seit 2014) [Übergangsregelung nach Art. 465 CRR] beläuft sich auf 17,39 % und konnte deutlich gesteigert werden. Die Kapitalrendite gemäß § 26a Abs. 1 Satz 4 KWG – Quotient aus Nettogewinn (Anmerkung: Nettogewinn = Jahresüberschuss nach Steuern) und Bilanzsumme – liegt bei 0,13 %. Unter Berücksichtigung der Zuführungen zum Fonds für allgemeine Bankrisiken würde sich eine Kapitalrendite von 0,58 % ergeben.

Wesentliche Aktiv- und Passivstrukturen

Kundenforderungen

Der Anteil an Kundenforderungen an der Bilanzsumme war mit 46,08 % etwas höher als im Vorjahr. Konzentrationen in den einzelnen Branchen sind nicht vorhanden. Die Größenklassengliederung ist ausgewogen. Akute Risiken im Kreditgeschäft sind in voller Höhe durch Einzelwertberichtigungen abgesichert. Zur Abdeckung latenter Risiken steht genügend Deckungsmasse zur Verfügung. Die Kreditgrenzen nach dem KWG sowie die festgelegten Kreditbeschränkungen nach § 49 GenG wurden im Berichtszeitraum stets eingehalten.

Lagebericht (Auszug)

Wertpapiere

Die Wertpapieranlagen unserer Bank setzen sich wie folgt zusammen:

Wertpapiere	Berichtsjahr TEUR	Vorjahr TEUR	Veränderung TEUR	Veränderung %
Anlagevermögen	2.568	2.328	240	10,3
Liquiditätsreserve	261.309	281.778	-20.469	-7,3

Der Anteil der eigenen Wertpapiere an der Bilanzsumme beläuft sich auf 39,86 %. Bei den festverzinslichen Anlagen handelt es sich überwiegend um EUR-Anleihen von Emittenten innerhalb der EWU mit erstklassigem Rating. Es befindet sich keine Anleihe auf fremde Währung im Bestand.

Im Bereich der nicht festverzinslichen Wertpapiere besteht ein in 2011 aufgelegter Spezialfonds in Höhe von 64.000 TEUR, ein Genussschein der DZ Bank AG in Höhe von 1.074 TEUR sowie weitere Investmentanteile in Höhe von 1.034 TEUR.

Komplex strukturierte Finanzinstrumente sind nicht im Bestand. Sämtliche Wertpapiere sind nach dem strengen Niederstwertprinzip bewertet. Die festverzinslichen Wertpapiere des Anlagevermögens wurden handelsrechtlich alle auf ihren Nominalwert abgeschrieben. Hierdurch wurden zukünftige Abschreibungen vorweggenommen. Darüber hinaus ergaben sich Kursreserven zum Bilanzstichtag. Kurswertrisiken werden im Rahmen einer risikoorientierten Anlagepolitik nur in begrenztem Umfang zugelassen. Sie werden permanent im Rahmen der bankinternen Grundsätze überwacht.

Derivategeschäfte

Zur Steuerung des allgemeinen Zinsänderungsrisikos (Aktiv-Passiv-Steuerung) wurden Zinsderivate in einem Umfang von 70.000 TEUR eingesetzt. Diese Derivate werden in die verlustfreie Bewertung des Zinsbuches einbezogen. Außerdem bestanden Kreditderivate in Höhe von 18.000 TEUR.

4. Zusammenfassende Beurteilung des Geschäftsverlaufs und der Lage

Die Geschäftsentwicklung der VR Bank Kitzingen eG verlief insgesamt günstig und entsprach mit Ausnahme der oben erläuterten Abweichungen den in der Vorperiode berichteten Prognosen. Unsere Bank verfügt über eine solide Finanz- und Vermögenslage. Auch die Ertragslage war zufriedenstellend. Die Anforderungen an das Eigenkapital und die Liquidität wurden jederzeit eingehalten.

III. Vorgänge von besonderer Bedeutung nach dem Schluss des Geschäftsjahres (Nachtragsbericht)

Vorgänge von besonderer Bedeutung sind nach dem Schluss des Geschäftsjahres nicht eingetreten.

IV. Risiken der künftigen Entwicklung (Risikobericht)

1. Risikomanagementsystem

Das Risikomanagement ist für uns eine zentrale Aufgabe und an dem Grundsatz ausgerichtet, die mit der Geschäftstätigkeit verbundenen Risiken frühzeitig zu erkennen, vollständig zu erfassen und in angemessener Weise auch über den Bilanzstichtag hinaus darzustellen. Die Identifikation, Quantifizierung, Limitierung und Überwachung der Risiken sowie die Ableitung von Handlungsvorschlägen für den Vorstand, erfolgt durch das Risikocontrolling als unabhängige Risikoüberwachungseinheit. Die Ausgestaltung des Risikomanagements ist bestimmt durch unsere Geschäfts- und Risikostrategien, die regelmäßig überprüft werden. In unserer Unternehmenskonzeption haben wir uns als regional tätige Kreditgenossenschaft auf die Bedarfssituation unserer Mitglieder ausgerichtet und daraus eine langfristige Unternehmensplanung entwickelt, die eine dauerhafte Begleitung unserer Mitglieder in allen Fragen der Finanzierung und Vermögensanlage sicherstellt. Die bewusste Übernahme, aktive Steuerung und gezielte Transformation von Risiken

gehören zu den Kernfunktionen der Bank. Dabei gehen wir nur Risiken ein, die im Rahmen unserer Risikotragfähigkeit liegen.

Die Bank verfügt über ein angemessenes System zur Risikoidentifikation, -bewertung, -steuerung und -überwachung, welches in die Gesamtbankplanung und Gesamtbanksteuerung integriert und im Risikohandbuch dokumentiert ist. Die angewandten Methoden und Verfahren zur Risikomessung und -steuerung sowie die ihnen zugrunde liegenden Parameter werden kontinuierlich weiterentwickelt und regelmäßig den Anforderungen der Bank und den aktuellen Marktgegebenheiten angepasst. Im Rahmen der jährlichen Risikoinventur identifizieren, quantifizieren, beurteilen und dokumentieren wir unsere Risiken und legen die für uns wesentlichen Risiken fest.

Im Rahmen der Risikobeurteilung erfolgt die Einstufung der Risikoarten in die Kategorien ‚wesentliches Risiko‘ bzw. ‚unwesentliches Risiko‘. Für die als wesentlich eingestuften Risikoarten werden entsprechende Risikostrategien entwickelt. Die Risikoquantifizierung erfolgt anhand des GuV-orientierten Konzepts, unterstützend mit einem barwertigen Konzept. Die Ergebnisse der Risikoidentifizierung und -bewertung werden im Risikohandbuch dokumentiert. Die identifizierten Risiken werden, abhängig von der Bedeutung für die Bank, in geeigneter Weise laufend überwacht und gesteuert. Unsere Risikosteuerung zielt nicht auf die vollständige Risikovermeidung, sondern vielmehr auf eine zielkonforme und systematische Risikohandhabung ab. Grundlage der Risikosteuerung sind unsere im Rahmen der strategischen Unternehmensplanung festgelegten Geschäfts- und Risikostrategien, die hieraus abgeleiteten operativen Zielgrößen sowie die Risikotragfähigkeit der Bank.

Unser GuV-orientiertes Risikotragfähigkeitskonzept knüpft an Jahresabschlussgrößen an. Im Einzelnen werden folgende Zielgrößen geplant: bilanzwirksame Wachstumsziele, Aufwands- und Ertragsziele. Vorgenannte Ziele werden kontinuierlich im Rahmen des Soll-/ Ist-Vergleichs mittels Bilanz-, Wachstums-, Markt- und Branchenanalysen, Ergebnissvorschaurechnung, Szenariotechniken, Auslastung vorgegebener Risikobudgets überwacht.

Basierend auf der Risikodeckungsmasse aus dem Ergebnis und der Substanz nach Abzug eines Risikopuffers wird zum Jahresbeginn für das gesamte Geschäftsjahr das Gesamtbanklimit bestimmt und auf die einzelnen Risikoarten unter Berücksichtigung der strategischen Ausrichtung der Bank, der Erwartungen für die Zukunft und Risikokonzentrationen allokiert. Bei dieser Jahresbetrachtung gehen wir von unserem erwarteten Steuerungs- und Planszenario aus.

Die Risiken werden in so genannten Risikoszenarien monatlich gemessen und dem Limitsystem gegenübergestellt. Dabei kommen je nach Risikoart unterschiedliche Messverfahren zur Anwendung (z.B. CVaR, Szenarioanalysen oder Expertenschätzungen). Es werden anerkannte EDV-Instrumente und -verfahren eingesetzt, die den gesetzlichen sowie bankinternen Grundsätzen entsprechen. Auf dieser Basis wird dann die Limitauslastung ermittelt. Eine Limitauslastung zieht je nach Größenordnung unterschiedliche Maßnahmen nach sich. So werden beispielsweise bei einer zu hohen Limitauslastung die Ursachen analysiert und ggf. Maßnahmen zur Risikoreduzierung bzw. zur Limiterhöhung eingeleitet. Die Ermittlung einer barwertigen Risikotragfähigkeit findet ergänzend zur GuV-orientierten Ermittlung der Risikodeckungsmasse statt. Die Ermittlung der barwertigen Risikotragfähigkeit erfolgt in den Schritten Reinvermögen, Vermögenszuwachs, Puffer und Risiko. Zur Steuerung von Risikokonzentrationen finden weitere Limitsysteme auf Ebene der Einzeladresse oder auf Portfolioebene (Strukturlimite) Anwendung.

Aufbauend auf den Ergebnissen unserer Risikoinventur haben wir Stresstests entwickelt, die Risikofaktoren, Risikokonzentrationen und Diversifikationseffekte berücksichtigen. Die Stresstests beinhalten sowohl Sensitivitätsanalysen als auch Szenarioanalysen und umfassen sowohl historische als auch hypothetische Szenarien. Neben den regelmäßig durchgeführten Stresstests werden bei Änderungen der Rahmenbedingungen auch anlassbezogene Stresstests durchgeführt. Darüber hinaus führen wir auch inverse Stresstests sowie den hypothetischen Stresstest ‚schwerer konjunktureller Abschwung‘ durch. Die Stresstestergebnisse werden dem Gesamtbankrisikolimit gegenübergestellt und sind angemessen in unser Berichtswesen integriert. Die Ergebnisse werden kritisch hinsichtlich eines möglichen Handlungsbedarfs reflektiert. Der Fortbestand unserer Bank ist nach unseren Stresstests nicht gefährdet.

Die für die Risikosteuerung relevanten Daten werden zu einem internen Berichtswesen aufbereitet und verdichtet. Die Informationsweitergabe erfolgt entweder im Rahmen einer regelmäßigen Risikoberichterstattung oder in Form einer ad hoc-Berichterstattung an Vorstand und Aufsichtsrat. Die Funktionsfähigkeit und Angemessenheit aller Risikocontrolling- und Risikomanagement-Aktivitäten wird durch die Interne Revision geprüft.

2. Risikokategorien

Für unsere Bank sind die im Folgenden dargestellten Risikokategorien relevant.

Adressenausfallrisiken

Unter Adressenausfallrisiko verstehen wir die Gefahr, dass Verluste oder entgangene Gewinne aufgrund des Ausfalls von Geschäftspartnern und ggf. der Migration oder der adressbezogenen Spreadveränderung das erwartete Ausmaß übersteigen.

Kreditrisiken

Durch den satzungsmäßigen Auftrag sind die Kreditrisiken aus dem (Kunden-) Kreditgeschäft regelmäßig die Hauptrisikoart und haben für uns auch betriebswirtschaftlich eine hohe Bedeutung. Zur Überwachung und Steuerung des Kreditgeschäftes haben wir eine bewusste Auswahl und Limitierung von Risikokonzentrationen sowie Steuerungsvorgaben für das Neugeschäft vorgenommen. Ebenso werden Volumens- und Portfoliolimite für den Bereich des Kundenkreditgeschäfts definiert.

Die Portfoliostrukturen werden im Hinblick auf die Einhaltung unserer Limite im Zeitverlauf untersucht. Adressenausfallrisiken im Kundengeschäft werden periodisch gemessen und auf die entsprechenden Risikolimite angerechnet. Ein Abgleich mit den eingetretenen Adressenausfallrisiken erfolgt je Berichtsstichtag. Die Bank setzt zur Messung der Adressenausfallrisiken im Kundengeschäft an die einzelnen Segmente angepasste interne Rating- und Scoring-Verfahren ein.

Des Weiteren hat die Bank das gesamte kundenbezogene Kreditgeschäft in die Risikogruppen nach der PrüfbV-alt (Kredit ohne erkennbares Risiko, Kredite mit erhöhten latenten Risiken, wertberichtigte Kredite) eingestuft. Als Risikoaussweis stellen wir die Summe aus erwartetem und unerwartetem Verlust dar.

Im Geschäftsjahr 2014 ist unsere Risikostruktur im Kundenkreditgeschäft nach wie vor gut. Die Risikolage ist überschaubar. Nennenswerte Veränderungen zum Vorjahr haben sich nicht ergeben.

Kontrahenten- und Emittentenrisiken

Die Bank hält Eigenanlagen der genossenschaftlichen Finanzgruppe sowie anderer Emittenten. Für unsere Eigenanlagen haben wir unter Berücksichtigung unserer Substanz- und Ertragskraft ein System risikobegrenzender Limite eingeführt. Dabei wird auch eine Volumenslimitierung auf Geschäftspartnerebene durchgeführt. Sämtliche Limite werden durch ein vom Handel unabhängiges Risikomanagement überwacht und regelmäßig überprüft. Zudem begegnen wir Emittenten- und Kontrahentenausfallrisiken in unseren Eigenanlagen grundsätzlich durch eine Beschränkung auf Handelspartner guter Bonität. Für die Identifizierung, Beurteilung und Überwachung der Risiken greifen wir auf die Ratingergebnisse von Ratingagenturen, Einschätzungen der DZ BANK sowie auf eigene Analysen von Berichten und Beobachtungen der Spreadentwicklung der Emittenten zurück.

In den Standard- und Stressszenarien werden differenzierte Risikoansätze berücksichtigt. In den Standardszenarien verwenden wir historische Ausfallwahrscheinlichkeiten auf Jahresbasis sowie ergänzend VaR-Kennziffern mit einem Konfidenzniveau von 95 % und einer Haltedauer von 250 Tagen. In den Stressszenarien übernehmen wir VaR-Kennziffern mit einem Konfidenzniveau von 99 % und einer Haltedauer von 250 Tagen. Bei den Wertpapieren des Anlagevermögens und Schuldscheindarlehen/ Namensschuldverschreibungen werden die Risiken in Abhängigkeit von der handelsrechtlichen Bewertungsmethode berücksichtigt.

Adressenausfallrisiken aus Eigenanlagen in Kreditprodukten werden mittels Value-at-Risk für jede Adresse berücksichtigt. Kreditprodukte werden anhand der Spreadentwicklung und der Ratingeinstufung überwacht. Wir führen derzeit im Wesentlichen Verbundbeteiligungen. Das Beteiligungsrisiko wird als nicht bedeutend klassifiziert. Die Berücksichtigung im Risikotragfähigkeitskonzept erfolgt im Rahmen eines Risikopuffers. Den ermittelten Risikowerten werden die vorhandenen stillen Reserven gegenüber gestellt. Ein Risikoansatz erfolgt nur in Höhe eines die stillen Reserven übersteigenden Risikowerts.

Länderrisiken

Die Bank stuft das Länderrisiko als Unterart der Adressenausfallrisiken insgesamt als nicht wesentlich ein.

Marktpreisrisiken

Marktpreisrisiken werden definiert als Gefahr von Vermögensschäden, die sich aus einer Änderung von Marktzinssätzen, Wechselkursen oder Aktienkursen ergeben.

Zinsänderungsrisiko

Für unsere Bank ist wegen der bestehenden Inkongruenzen zwischen ihren aktiven und passiven Festzinspositionen insbesondere das Zinsänderungsrisiko relevant. Das Zinsänderungsrisiko wird unter Berücksichtigung verschiedener Zinsszenarien monatlich ermittelt und dem vorhandenen Limit gegenübergestellt.

Wir steuern unser Zinsänderungsrisiko mittels einer dynamischen Zinselastizitätsbilanz. Ausgehend von unseren Zinsprognosen werden die Auswirkungen hiervon abweichender Zinsentwicklungen auf das Jahresergebnis ermittelt. Zur Quantifizierung der Auswirkungen bestimmter Marktveränderungen auf die Gewinn- und Verlustrechnung und dem darin enthaltenen Abschreibungsrisiko werden Szenariobetrachtungen vorgenommen.

Die Bank ermittelt ihre Zinsszenarien auf Basis historischer Marktzinsveränderungen mittels mathematisch statistischer Verfahren. Für die wesentlichen variablen Positionen hat die Bank Ablaufkitionen auf der Grundlage gleitender Durchschnitte ermittelt. Ergänzend werden die Risiken nach der Veränderung des Barwertes des Zinsbuches mit dem Value-at-Risk-Ansatz gemessen.

Zur weiteren Darstellung der Zinsänderungsrisiken erstellt die Bank monatlich eine Zinsbindungsbilanz. Zur Steuerung der globalen Zinsänderungsrisiken setzen wir Zinssicherungsinstrumente ein. Im Rahmen der Aktiv-Passiv-Steuerung haben wir dazu Zinsswaps und Caps abgeschlossen.

Sonstige Marktpreisrisiken

Die übrigen Marktpreisrisiken werden entsprechend den aufsichtsrechtlichen Regelungen bei der Gesamtbanksteuerung berücksichtigt. Bedeutende Risiken für die künftige Entwicklung sind hieraus nicht zu erwarten.

Die Risiken aus den Wertpapieren des Spezialfonds werden mittels Durchschau (Transparenzprinzip) berücksichtigt. Die Bestandteile des Fonds werden dabei einzeln erfasst und in der Risikomessung analog den anderen Eigenanlagen der Bank behandelt. Für die übrigen Investmentfondsanteile werden vertretbare pauschale Risikomessungen vorgenommen.

Das Marktpreisrisiko von Derivaten wird nach anerkannten mathematischen Verfahren monatlich ermittelt. Bis auf den Bobl-Future (Verkauf) im VR KT-Universal-Fonds dienen die eingesetzten Derivate nur Absicherungszwecken und werden bei der Risikotragfähigkeit nicht berücksichtigt. Wesentliche Währungsrisiken sind nicht vorhanden. Die Bank betreibt kein Warengeschäft.

Liquiditätsrisiken

Das Liquiditätsrisiko besteht in der Gefahr, dass die jederzeitige Zahlungsfähigkeit nicht gegeben ist, weil die benötigten Finanzmittel nicht zur Verfügung stehen. Das Liquiditätsrisiko umfasst das Liquiditätsrisiko im engeren Sinne (Abruf- und Terminrisiko) sowie das Liquiditätsanspannungsrisiko.

Die Liquiditätsrisiken werden auf Grund der Zugehörigkeit zur Genossenschaftlichen FinanzGruppe Volksbanken Raiffeisenbanken als nicht wesentlich eingestuft. Daher erfolgt keine Anrechnung der Liquiditätsrisiken im Rahmen des Risikotragfähigkeitskonzeptes der Bank. In liquiditätsmäßig engen Märkten sind wir nicht engagiert. Die Steuerung der Liquiditätsrisiken erfolgt u.a. anhand der Liquiditätskennzahl bzw. den Beobachtungskennziffern der Liquiditätsverordnung sowie den ergänzenden Anforderungen der CRR. Darüber hinaus wird die Liquidität im Rahmen des monatlichen Risikoberichtes überwacht.

Operationelle Risiken

Als operationelle Risiken definieren wir die Gefahr von Verlusten, die infolge der Unangemessenheit oder des Versagens von internen Verfahren und Systemen, Menschen oder aufgrund externer Einflüsse eintreten. Diese Definition schließt Rechtsrisiken und dolose Handlungen mit ein. Wesentliche identifizierte operationelle Risiken werden erfasst und jährlich analysiert und beurteilt. Für die Ermittlung des operationellen Risikos führen wir eine Expertenschätzung durch. Den operationellen Risiken begegnen wir mit unterschiedlichen Maßnahmen. Dazu zählen insbesondere Ar-

Lagebericht (Auszug)

beitsanweisungen, die Einhaltung einer ausreichenden Funktionstrennung, die laufende Optimierung der Arbeitsabläufe, Mitarbeiterschulungen, der Einsatz von Sicherheits-, Compliance-, Datenschutz- und Geldwäschebeauftragten, laufende Investitionen in neue DV-Systeme über die von uns beauftragte Rechenzentrale und Backup-Einrichtungen.

Versicherbare Gefahrenpotenziale (z. B. Diebstahl- und Betrugsrisiken) haben wir durch Versicherungsverträge in banküblichem Umfang abgesichert. Dem Rechtsrisiko begegnen wir durch die Verwendung der im Verbund entwickelten Formulare bzw. von rechtlich geprüften Vertragsvordrucken. Bei Rechtsstreitigkeiten nehmen wir Rechtsberatung in Anspruch. Über die Steuerung bzw. Minimierung dieser Risikoarten hinaus prüft die eigene Interne Revision, die mit drei Mitarbeitern besetzt ist, regelmäßig die Systeme und Verfahren sowie die wesentlichen Arbeitsabläufe.

3. Gesamtbild der Risikolage

Im Geschäftsjahr 2014 war die Risikotragfähigkeit sowohl unter den von uns definierten Standard- als auch den festgelegten Stressszenarien gegeben.

Die von uns im Rahmen unserer GuV-orientierten Risikosteuerung zur Risikodeckung im Standard-Risikofall zur Verfügung gestellte Risikodeckungsmasse belief sich zum 31.12.2014 auf 23,2 Mio. EUR. Demgegenüber standen aggregierte Gesamtbankrisiken in Höhe von 4,8 Mio. EUR. Dies entspricht einem Anteil an der zur Verfügung gestellten Risikodeckungsmasse in Höhe von 20,7 %.

Zur Abdeckung von Stressfällen haben wir Risikodeckungsmasse in Höhe von 27,7 Mio. EUR zur Verfügung gestellt. Zum 31.12.2014 beliefen sich die aggregierten Gesamtbankrisiken auf 10,2 Mio. EUR. Dies entspricht einem Anteil an der Risikodeckungsmasse in Höhe von 36,8 %. Entsprechend unserer Risikobereitschaft wird nur ein bestimmter Teil der Risikodeckungsmasse zur Absorption der Risiken im Standard- und im Stressfall zur Verfügung gestellt. Damit stellen wir sicher, dass wir unseren Geschäftsbetrieb auch dann weiterführen können, wenn die von uns eingegangenen Risiken schlagend werden.

Durch die neuen Basel III Anforderungen (seit 1. Januar 2014) ergeben sich erhöhte Eigenmittelanforderungen. Diese haben wir im Jahr 2014 jederzeit eingehalten. Nach derzeitigem Planungsstand ist die Risikotragfähigkeit im Berichtszeitraum 2015 angesichts der laufenden Ertragskraft und der Vermögens-/ Substanzsituation der Bank gegeben. Die dargestellten Risiken werden nach unserer derzeitigen Einschätzung die künftige Entwicklung unserer Bank nicht wesentlich beeinträchtigen.

V. Voraussichtliche Entwicklung mit ihren wesentlichen Chancen und Risiken (Prognosebericht)

Die Prognosen, die sich auf die Entwicklung der VR Bank Kitzingen eG für das Geschäftsjahr 2015 beziehen, stellen Einschätzungen dar, die wir auf Basis der zum Zeitpunkt der Erstellung des Lageberichts zur Verfügung stehenden Informationen getroffen haben. Wir weisen darauf hin, dass sich die Prognosen durch die Veränderungen der zugrunde liegenden Annahmen als unzutreffend erweisen können.

Für das Jahr 2015 stehen die konjunkturellen Vorzeichen gut. Die gesamtwirtschaftliche Nachfrage dürfte weiterhin vom äußerst niedrigen Zinsniveau profitieren. Daneben stimulieren die anhaltend niedrigen Energiepreise sowie die positive Arbeitsmarktentwicklung den Konsum. Erhebliche Unsicherheitsfaktoren bestehen allerdings mit den Krisenherden in Griechenland, der Ukraine und den damit verbundenen wirtschaftlichen Folgen.

Für die Kreditgenossenschaften stellen das anhaltend niedrige Zinsniveau sowie die Bewältigung von Regulierungsmaßnahmen auch in Zukunft erhebliche Herausforderungen dar. In Erwartung einer weiterhin positiven konjunkturellen Wirtschaftsentwicklung gehen wir für das nächste Jahr von einem Wachstum im Kundenkreditgeschäft, vor allem im Firmenkundenbereich, aus. Auch die weiterhin niedrigen Zinsen werden diese Entwicklung unterstützen, im Einlagengeschäft allerdings rechnen wir aus demselben Grund und wegen eines prognostizierten Anstiegs von Konsumausgaben mit einem geminderten Wachstum.

Die niedrigen Zinsen bedeuten nicht nur für unsere Mitglieder geringere Zinseinnahmen, sondern auch für uns als Bank: Wir rechnen in den nächsten Jahren mit einem fallenden Zinsergebnis. Um diese Entwicklung zu kompensieren, müssen Kosten gesenkt und Erträge in anderen Bereichen gesteigert werden.

Die Personal- und Sachkosten sollen in den nächsten Jahren durch bereits begonnene Prozessoptimierung und Umstrukturierung der Organisation gesenkt werden. Das Provisionsergebnis soll durch Stärkung der Beratungsqualität aufgrund von Weiterbildung und Spezialisierung sowie durch den weiteren Ausbau des Portfolios an Credit Default Swaps erhöht werden. Die Risikovorsorge im Kreditgeschäft wird neben der weiteren konjunkturellen Entwicklung auch erheblich durch die regionale Wirtschaftsentwicklung beeinflusst. Bei der Einzelrisikovorsorge für das Kreditgeschäft gehen wir für 2015 von einem leichten Anstieg aus. Aufgrund unserer konservativen Anlagestrategie gehen wir auch für 2015 davon aus, dass keine nennenswerten Abschreibungen auf unsere Wertpapierbestände erforderlich werden.

Nach unserer Ergebnisvorschaurechnung für das Jahr 2015 rechnen wir insgesamt mit einem rückläufigen Jahresergebnis.

Mit einer Beeinträchtigung der Liquiditätslage ist wegen planvoller und ausgewogener Liquiditätsvorsorge sowie ausreichend zur Verfügung stehender Refinanzierungsmöglichkeiten auch im Jahr 2015 nicht zu rechnen. Bereits heute können die erhöhten Kapitalanforderungen im Rahmen der neuen Eigenkapitalregelungen für Kreditinstitute (Basel III) erfüllt werden. Auch in Zukunft werden wir unser Eigenkapital aus dem Ergebnis weiter stärken können.

Zudem rechnen wir durch die Umsetzung der 100%igen Mitgliederbank bis zum Ende des Jahres 2016 mit einem weiteren Mitgliederwachstum. Wir erwarten für das Geschäftsjahr 2015 eine Kernkapitalquote zwischen 18 % und 19 % und eine Gesamtkapitalquote zwischen 20 % und 21 %.

Insgesamt erwarten wir, dass sich die Geschäfte der VR Bank Kitzingen eG zufriedenstellend entwickeln werden.

Wesentliche Risiken sehen wir in den rückläufigen Zinsüberschüssen bei weiterhin niedrigem Zinsniveau. Außerdem könnte eine deutlich schlechtere Konjunkturentwicklung als erwartet zu einer rückläufigen Geschäftsentwicklung führen und die Ertragslage beeinträchtigen. Eine schlechte Börsenentwicklung könnte zu niedrigeren Wertpapierumsätzen und Fondsvermittlungen als prognostiziert führen.

Zudem bestehen große Unsicherheiten hinsichtlich der weiteren Entwicklung in Europa. Wesentliche Chancen für die Ertragslage und den Geschäftsverlauf bestehen im Jahr 2015 bei einer besseren Konjunkturentwicklung als prognostiziert, was zu einer positiveren Geschäftsentwicklung führen könnte. Des Weiteren sehen wir im Hinblick auf den voraussichtlichen Geschäftsverlauf insbesondere Chancen, wenn die Nachfrage im Kredit- und Einlagengeschäft deutlich stärker als erwartet zunimmt.

Unseren gemeinsamen Weg zur Mitgliederbank sind wir auch im vergangenen Jahr selbstbewusst, überzeugt und erfolgreich weitergegangen. Im Jahr 2014 haben sich 2.503 neue Mitglieder dafür entschieden, diesen Weg gemeinsam mit uns zu gehen. Jedes neue Mitglied legt einen wichtigen Grundstein für die Zukunft unserer Genossenschaft. Aufbauend auf unserer Mitgliedergemeinschaft und unserer Unternehmensphilosophie können wir auch künftig im Interesse unserer Mitglieder und Mitarbeiter und damit zum Wohle unserer Kreditgenossenschaft wirtschaften. Im Hinblick dessen können wir gestärkt und mit Zuversicht auf die Geschäftsentwicklung in den kommenden Jahren blicken.

VI. Zweigniederlassungen

Es bestehen keine Zweigniederlassungen.

Aufsichtsrat



Edelgard Pieper-Pavel
Aufsichtsratsvorsitzende



Josef Scheller
stv. Aufsichtsratsvorsitzender
Vorsitzender des Prüfungsausschusses



Prof. Dr. Leonhard Knoll
stv. Aufsichtsratsvorsitzender
Vorsitzender des MaRisk-Ausschusses



Ralf Schimmel



Erhard Müller
Vorsitzender des Kreditausschusses



Heinz Wenkheimer

Vorstand



Roland Köppel
Vorstand
sekretariat@vrkt.de



Peter Siegel
Vorstand
sekretariat@vrkt.de

